

**B e r i c h t**

des Ausschusses für kirchliche Mitarbeit

betr. Entwurf eines Kirchengesetzes zur Zustimmung zum Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetz der EKD und zur Einführung eines Kirchengesetzes über das Verfahren zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im kirchlichen Dienst

Zernien, 13. November 2017

**I.****Auftrag**

Die 25. Landessynode hatte während ihrer VIII. Tagung in der 41. Sitzung am 3. Mai 2017 im Zusammenhang mit der Verhandlung über den vom Kirchensenat vorgelegten Entwurf eines Kirchengesetzes zur Zustimmung zum Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetz der EKD und zur Einführung eines Kirchengesetzes über das Verfahren zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im kirchlichen Dienst (Aktenstück Nr. 83) folgenden Beschluss gefasst:

*"Das Aktenstück Nr. 83 wird dem Ausschuss für kirchliche Mitarbeit (federführend) und dem Diakonieausschuss zur Beratung überwiesen."*

(Beschlussammlung der VIII. Tagung Nr. 3.14)

**II.****Beratungsgang**

Bei dem vorliegenden Rechtsetzungsvorhaben handelt es sich u.a. um eine Angelegenheit, die gemeinsame Einrichtungen der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen betrifft, nämlich die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission und die Schlichtungskommission.

Im Konföderationsvertrag haben sich die Kirchen der Konföderation verpflichtet, Regelungen über die Arbeit der gemeinsamen Einrichtungen gleichlautend zu gestalten (§ 11

Absatz 2 Nr. 1 i.V.m. § 9 des Vertrages). Demnach muss auch die Änderung von Vorschriften über den Dritten Weg gleichlautend in der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig, in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg vorgenommen werden.

Um einen Gleichklang in diesem Rechtssetzungsvorhaben sicherzustellen, hatte sich am 19. September 2017 die Arbeitsgruppe "Rechtssetzungsvorhaben der Konföderation" mit dem Kirchengesetzentwurf befasst. Dieser Arbeitsgruppe gehören die Präsidenten und Präsidentinnen der Synoden der vorgenannten Kirchen, die Vorsitzenden der Rechtsausschüsse bzw. der jeweils zuständigen Ausschüsse der Synoden sowie die Leitenden Juristen und Juristinnen der Kirchen an. Der Vorsitzende des Ausschusses für kirchliche Mitarbeit hat an der Sitzung ebenfalls teilgenommen.

Im Rahmen dieser Beratungen wurde der bisher vorliegende Gesetzentwurf redaktionell überarbeitet und einige Änderungen zur Rechtsklarheit und Rechtssicherheit vorgenommen. Der Entwurf der entsprechenden Begründung zu diesem Kirchengesetzentwurf wurde an die vorgenannten Änderungen angepasst.

### **III. Begründung**

Der Ausschuss für kirchliche Mitarbeit hat in seiner 23. Sitzung am 25. September 2017 den Kirchengesetzentwurf in der Fassung der Beratungen der Arbeitsgruppe "Rechtssetzungsvorhaben der Konföderation" vom 19. September 2017 eingehend beraten.

Zu Artikel 3 § 5 Absatz 4 Satz 4 des Kirchengesetzentwurfs (*"Eine Klage nach Satz 3 hat keine aufschiebende Wirkung."*) wurde festgestellt, dass mit dieser Regelung gewährleistet wird, dass die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission auch während eines lang andauernden Rechtsstreites rechtssichere Beschlüsse fassen kann. Mit der Regelung wird nicht in die Möglichkeit der Beschreitung des Weges des einstweiligen Rechtsschutzes eingegriffen.

Im Übrigen wird auf den Entwurf des Kirchengesetzes und die Begründung (s. Anlagen) verwiesen.

Der Diakoniausschuss der Landessynode hat in seiner Sitzung am 26. Oktober 2017 das Beratungsergebnis des Ausschusses für kirchliche Mitarbeit zustimmend zur Kenntnis genommen.

Mit den Anlagen legt der Ausschuss für kirchliche Mitarbeit der Landessynode

- den Kirchengesetzentwurf (Anlage 1),
- den Entwurf der Begründung (Anlage 2) und
- eine Synopse des derzeitigen und des beabsichtigten Rechtsstandes (Anlage 3) zur Beschlussfassung vor.

#### **IV.**

#### **Antrag**

Der Ausschuss für kirchliche Mitarbeit stellt folgenden Antrag:

Die Landessynode wolle beschließen:

*Die Landessynode nimmt den Bericht des Ausschusses für kirchliche Mitarbeit betr. Entwurf eines Kirchengesetzes zur Zustimmung zum Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetz der EKD und zur Einführung eines Kirchengesetzes über das Verfahren zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im kirchlichen Dienst (Aktenstück Nr. 83 A) zustimmend zur Kenntnis und tritt in die Lesung des Kirchengesetzentwurfes ein, wie er in der Anlage 1 dieses Aktenstückes abgedruckt ist.*

Gierow  
Vorsitzender

Anlage

Anlage 1

Entwurf

**Kirchengesetz zur Zustimmung zum Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetz der EKD und zur Einführung eines Kirchengesetzes über das Verfahren zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im kirchlichen Dienst**

Vom

Die Landessynode hat mit Zustimmung des Kirchensenates das folgende Kirchengesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Dem Kirchengesetz über die Grundsätze zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Diakonie (Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetz – ARGG-EKD) vom 13. November 2013 (Amtsbl. EKD 2013 S. 420) wird zugestimmt.

**Artikel 2****Änderung des Mitarbeitergesetzes**

Das Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Rechtsstellung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Mitarbeitergesetz – MG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. März 2000 (Kirchl. Amtsbl. S. 92), zuletzt geändert durch Verordnung mit Gesetzeskraft vom 21. Oktober 2016 (Kirchl. Amtsbl. S. 139), wird wie folgt geändert:

1. In der Gesetzesüberschrift werden die Wörter „der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen“ gestrichen.
2. § 9 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:  
„(1) <sup>1</sup>Dienstverträge werden nach den Bestimmungen einer Dienstvertragsordnung und der diese Dienstvertragsordnung ergänzenden Arbeitsrechtsregelungen abgeschlossen. <sup>2</sup>Das Zustandekommen der Dienstvertragsordnung regelt das Arbeitsrechtsregelungsgesetz-Kirche.“
3. Der IV. Abschnitt wird unter Beibehaltung der Abschnittsbezeichnung und der Paragraphenbezeichnungen aufgehoben.

**Artikel 3****Kirchengesetz über das Verfahren zur Regelung der Arbeitsverhältnisse  
der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im kirchlichen Dienst  
(Arbeitsrechtsregelungsgesetz – ARRG-Kirche)**

Vom

**Inhaltsverzeichnis:**

## Abschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Grundsatz
- § 2 Partnerschaft im Arbeits- und Dienstrecht
- § 3 Arbeitsrechtsregelungen

## Abschnitt 2 Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission

- § 4 Zusammensetzung und Bildung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission
- § 5 Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft
- § 6 Verfahren bei Nichteinigung und beim Ausscheiden eines Mitarbeiterverbandes oder einer Gewerkschaft
- § 7 Vertreter und Vertreterinnen der Anstellungsträger
- § 8 Amtszeit
- § 9 Geschäftsführung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission
- § 10 Verfahren

## Abschnitt 3 Aufgaben der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission

- § 11 Mitwirkung bei der Vorbereitung von öffentlich-rechtlichen Regelungen
- § 12 Mitwirkung bei der Vorbereitung sonstiger Regelungen
- § 13 Ausschuss der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission
- § 14 Zustandekommen der Dienstvertragsordnung und weiterer Arbeitsrechtsregelungen
- § 15 Anwendung von im Land Niedersachsen geltenden Bestimmungen

## Abschnitt 4 Verbindliche Konfliktlösung durch Schlichtung

- § 16 Schlichtungskommission, Zusammensetzung und rechtliche Stellung der Mitglieder
- § 17 Vermittlungsverfahren
- § 18 Verfahren vor der Schlichtungskommission

## Abschnitt 5 Übergangs- und Schlussvorschriften

- § 19 Zuständigkeit
- § 20 Erstmalige Bildung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission
- § 21 Anhängige Schlichtungsverfahren

## **Abschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen**

### **§ 1 Grundsatz**

<sup>1</sup>Die Verantwortung für den Dienst in der Kirche tragen die Leitungsorgane und die Mitarbeitenden gemeinsam. <sup>2</sup>Die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden werden in einem kirchengemäßen Verfahren im Sinne des Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetzes der Evangelischen Kirche in Deutschland<sup>\*)</sup> geregelt.

-----  
<sup>\*)</sup> *Kirchengesetz über die Grundsätze zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Diakonie (Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetz – ARGG-EKD) vom 13. November 2013 (Abl. EKD 2013 S. 420)*

### **§ 2 Partnerschaft im Arbeits- und Dienstrecht**

(1) Zur partnerschaftlichen Regelung der Arbeitsbedingungen der privatrechtlich beschäftigten Mitarbeitenden sowie der privatrechtlich beschäftigten Mitarbeitenden in der Ausbildung wird für den Bereich der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig, der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg eine Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission gebildet.

(2) Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission wirkt darüber hinaus bei der Vorbereitung von Bestimmungen über öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse mit, die von arbeitsrechtlicher Bedeutung sind.

### **§ 3 Arbeitsrechtsregelungen**

(1) Arbeitsrechtsregelungen sind die Beschlüsse der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission in den Fällen der §§ 14 und 15, ferner die Beschlüsse der Schlichtungskommission nach § 18.

(2) <sup>1</sup>Arbeitsrechtsregelungen nach Absatz 1 sind verbindlich und wirken normativ. <sup>2</sup>Sie treten mit dem darin bestimmten Datum in Kraft.

(3) In den Dienstverträgen und in den Ausbildungsverträgen ist die Anwendung der Arbeitsrechtsregelungen nach Absatz 1 in der jeweils gültigen Fassung zu vereinbaren.

## **Abschnitt 2** **Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission**

### **§ 4** **Zusammensetzung und Bildung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission**

(1) <sup>1</sup>Mitglieder der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission sind

1. neun Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft,
2. neun Vertreter und Vertreterinnen der Anstellungsträger.

<sup>2</sup>Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin zu bestellen. <sup>3</sup>Im Vertretungsfall nimmt das stellvertretende Mitglied alle Rechte und Pflichten des ordentlichen Mitglieds wahr.

(2) <sup>1</sup>Mitglied der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission kann nur sein, wer zu kirchlichen Ämtern in einer der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland wählbar ist. <sup>2</sup>Ausnahmsweise darf auch Mitglied der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission sein, wer einer Kirche angehört, die in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Niedersachsen mitarbeitet. <sup>3</sup>Mehr als die Hälfte der Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft sowie mehr als die Hälfte der Vertreter und Vertreterinnen der Anstellungsträger müssen im Zeitpunkt ihrer Entsendung bei einem Anstellungsträger im Sinne des Mitarbeitergesetzes tätig sein.

(3) <sup>1</sup>Zur Wahrnehmung der Aufgaben in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission ist den im kirchlichen Dienst stehenden Mitgliedern der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission und im Vertretungsfall den stellvertretenden Mitgliedern Dienst- oder Arbeitsbefreiung zu gewähren. <sup>2</sup>Über den Umfang der Freistellung soll der Rat der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen mit den in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vertretenen Mitarbeiterverbänden und Gewerkschaften eine Vereinbarung schließen.

(4) Spätestens vier Monate vor Ablauf der Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission gibt der Rat der Konföderation im Kirchlichen Amtsblatt der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers bekannt, dass die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission neu zu bilden ist.

### **§ 5** **Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft**

(1) Die Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft werden von Mitarbeiterverbänden und Gewerkschaften entsandt.

(2) <sup>1</sup>Mitarbeiterverband oder Gewerkschaft im Sinne der Vorschriften dieses Kirchengesetzes ist der freie, organisierte Zusammenschluss von Mitarbeitenden, der auf Dauer angelegt und vom Wechsel seiner Mitglieder unabhängig ist und dessen Zweck insbesondere in der Wahrung und Förderung der beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange seiner Mitglieder besteht. <sup>2</sup>Mitarbeiterverband im Sinne des Satzes 1 ist auch ein Zusammenschluss mehrerer Mitarbeiterverbände.

(3) Die Mitarbeiterverbände und die Gewerkschaften, die innerhalb der Ausschlussfrist von einem Monat nach der Bekanntgabe gemäß § 4 Absatz 4 anzeigen, dass sie Vertreter und Vertreterinnen in die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission entsenden wollen, werden nach Ablauf dieser Frist unverzüglich darüber unterrichtet, welche anderen Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften sich an der Bildung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission beteiligen wollen.

(4) <sup>1</sup>Die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen prüft und entscheidet, ob Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften, die angezeigt haben, Vertreter und Vertreterinnen in die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission entsenden zu wollen (Absatz 3), die Voraussetzungen des Absatzes 2 erfüllen. <sup>2</sup>Die Konföderation teilt den Mitarbeiterverbänden und Gewerkschaften das Ergebnis ihrer Prüfung unverzüglich mit. <sup>3</sup>Bei Streitigkeiten über die Entscheidung kann der Rechtshof der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen angerufen werden. <sup>4</sup>Eine Klage nach Satz 3 hat keine aufschiebende Wirkung.

(5) <sup>1</sup>Die Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften verständigen sich untereinander über das Zahlenverhältnis der von ihnen zu entsendenden Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft. <sup>2</sup>Sie teilen dem Rat der Konföderation spätestens einen Monat vor Ablauf der Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission das Ergebnis ihrer Verständigung mit und benennen die von ihnen zur Entsendung bestimmten Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft und deren Stellvertreter oder Stellvertreterinnen für die neue Amtszeit. <sup>3</sup>Dabei soll darauf geachtet werden, dass sich unter den Vertreterinnen und Vertretern der Mitarbeiterschaft Mitglieder aller an der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission beteiligten Kirchen befinden.

## § 6

### **Verfahren bei Nichteinigung und beim Ausscheiden eines Mitarbeiterverbandes oder einer Gewerkschaft**

(1) <sup>1</sup>Verständigen sich die nach § 5 Absatz 4 zugelassenen Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften nicht bis zum Ablauf der Frist nach § 5 Absatz 5 Satz 2 über die Besetzung ihrer Sitze in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission, teilt die Konföderation dem Präsidenten oder der Präsidentin des Kircheng Gerichtshofs der Evangelischen Kirche in Deutschland dies mit und legt ihm oder ihr die Anzeigen der zugelassenen Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften vor. <sup>2</sup>Der Präsident oder die Präsidentin des Kircheng Gerichtshofs entscheidet über das Zahlenverhältnis (§ 5 Absatz 5 Satz 1) innerhalb eines Monats nach Zugang der Mitteilung der Konföderation unter Einbeziehung der von den Mitarbeiterverbänden und Gewerkschaften vorzulegenden Listen mit den Mitgliedern, die bei einem Anstellungsträger im Sinne des Mitarbeitergesetzes tätig sind; er oder sie hat den Mitarbeiterverbänden und Gewerkschaften zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. <sup>3</sup>Die Entscheidung nach Satz 2 ist abschließend.

(2) <sup>1</sup>Kündigt ein Mitarbeiterverband oder eine Gewerkschaft das Ausscheiden an, gibt die Geschäftsstelle der Konföderation ihm oder ihr Gelegenheit, innerhalb eines Monats die Entscheidung rückgängig zu machen. <sup>2</sup>Macht der Mitarbeiterverband oder die Gewerkschaft die Entscheidung nicht rückgängig und scheidet aus, verständigen sich die verbleibenden Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften innerhalb eines Monats über die Besetzung der freigewordenen Sitze. <sup>3</sup>Verstreicht diese Frist ergebnislos, so stehen die freige-

wordenen Sitze den verbleibenden Mitarbeiterverbänden und Gewerkschaften nach dem Verhältnis ihrer bisherigen Sitze zur Verfügung.

(3) <sup>1</sup>Der Präsident oder die Präsidentin des Kirchengenrichtshofs der Evangelischen Kirche in Deutschland übt die Tätigkeit gemäß Absatz 1 ehrenamtlich aus. <sup>2</sup>Er oder sie erhält Reisekostenvergütung nach den für die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers geltenden Bestimmungen sowie eine Aufwandsentschädigung in Höhe der vom Rat der Konföderation für die Schlichter und Schlichterinnen (§ 16 Absatz 2 Satz 1) festgelegten Aufwandsentschädigung.

## **§ 7**

### **Vertreter und Vertreterinnen der Anstellungsträger**

<sup>1</sup>Die Vertreter und Vertreterinnen der Anstellungsträger werden auf Vorschlag der zuständigen obersten Behörden der beteiligten Kirchen vom Rat der Konföderation entsandt. <sup>2</sup>Hierfür schlagen die zuständige oberste Behörde der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers fünf, die der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig und die der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg je zwei Vertreter und Vertreterinnen vor.

## **§ 8**

### **Amtszeit**

(1) Die Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission beträgt fünf Jahre und beginnt jeweils am Tag nach dem Ende der vorhergehenden Amtszeit.

(2) <sup>1</sup>Die Mitglieder werden für die Dauer einer Amtszeit, bei einer Nachentsendung für den Rest der laufenden Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission entsandt. <sup>2</sup>Sie bleiben bis zur Bildung der neuen Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission im Amt, längstens jedoch bis zu einem Jahr nach Ablauf der Amtszeit (Absatz 1).

(3) <sup>1</sup>Die entsendenden Stellen können von ihnen entsandte Mitglieder und stellvertretende Mitglieder jederzeit abberufen. <sup>2</sup>Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder sind abzurufen, wenn eine der in § 4 Absatz 2 genannten Voraussetzungen nicht vorlag oder entfallen ist.

(4) Die erneute Entsendung bisheriger Mitglieder und stellvertretender Mitglieder ist zulässig.

(5) <sup>1</sup>Scheidet ein Mitglied oder ein stellvertretendes Mitglied aus, wird von der Stelle, die das Mitglied oder das stellvertretende Mitglied entsandt hatte, für die restliche Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission ein neues Mitglied oder ein neues stellvertretendes Mitglied entsandt. <sup>2</sup>Für ein ausgeschiedenes Mitglied tritt bis zur Neuentsendung eines Mitglieds das stellvertretende Mitglied stimmberechtigt ein.

(6) Einem im kirchlichen Dienst stehenden Mitglied darf während der Mitgliedschaft in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission von seinem Anstellungsträger nur wie einem Mitglied der Mitarbeitervertretung gekündigt werden.

**§ 9****Geschäftsführung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission**

(1) Der oder die Vorsitzende des Rates der Konföderation beruft die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission zu ihrer ersten Sitzung ein; ein Vertreter oder eine Vertreterin der Konföderation leitet die Sitzung bis zur Wahl der oder des Vorsitzenden.

(2) <sup>1</sup>Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission wählt je eines ihrer Mitglieder jeweils für die Dauer eines Jahres zum oder zur Vorsitzenden und zum oder zur stellvertretenden Vorsitzenden. <sup>2</sup>Der oder die Vorsitzende ist im jährlichen Wechsel aus der Gruppe der als Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft entsandten Mitglieder einerseits und aus der Gruppe der als Vertreter und Vertreterinnen der Anstellungsträger entsandten Mitglieder andererseits zu wählen. <sup>3</sup>Der oder die stellvertretende Vorsitzende ist jeweils aus der Gruppe zu wählen, aus der der oder die Vorsitzende nicht zu wählen war.

(3) <sup>1</sup>Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission wird zu ihren Sitzungen von ihrem oder ihrer Vorsitzenden im Benehmen mit ihrem oder ihrer stellvertretenden Vorsitzenden unter Mitteilung eines Vorschlags für die Tagesordnung nach Bedarf einberufen. <sup>2</sup>Sie muss einberufen werden, wenn es von mindestens fünf Mitgliedern unter Angabe der Beratungsgegenstände beantragt wird. <sup>3</sup>Die Ladungsfrist beträgt mindestens zwei Wochen. <sup>4</sup>In dringenden Fällen kann die Frist im Einvernehmen zwischen dem oder der Vorsitzenden und dem oder der stellvertretenden Vorsitzenden auf eine Woche verkürzt werden. <sup>5</sup>Erforderliche Unterlagen sollen möglichst mit der Einladung versandt werden.

(4) Jedes Mitglied der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission hat das Recht, Punkte für die Tagesordnung der Sitzungen vorzuschlagen.

(5) <sup>1</sup>Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission ist beschlussfähig, wenn mindestens sechs Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft sowie mindestens sechs Vertreter und Vertreterinnen der Anstellungsträger, darunter der oder die Vorsitzende oder der oder die stellvertretende Vorsitzende, anwesend sind. <sup>2</sup>Beschlüsse werden mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stimmberechtigten gefasst. <sup>3</sup>Die Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft geben ihre Stimmen einheitlich durch einen Sprecher oder eine Sprecherin ab. <sup>4</sup>Der Sprecher oder die Sprecherin wird zur Abgabe der Stimmen durch einen Beschluss der Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft ermächtigt, der zuvor mit mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft außerhalb der Sitzung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission gefasst wird.

(6) Der Wortlaut der Beschlüsse ist in eine Niederschrift aufzunehmen; sie ist von dem oder der Vorsitzenden und dem Protokollführer oder der Protokollführerin zu unterschreiben.

(7) <sup>1</sup>Die Sitzungen der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission sind nicht öffentlich. <sup>2</sup>Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission kann zu ihren Sitzungen Sachkundige beratend hinzuziehen.

(8) Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission kann sich eine Geschäftsordnung geben.

(9) Die Mitglieder der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission erhalten Reisekostenvergütung nach den für die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers geltenden Bestimmungen.

(10) <sup>1</sup>Die Geschäftsstelle der Konföderation führt die Geschäfte der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission. <sup>2</sup>Die Kosten der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission einschließlich der Kosten, die durch Hinzuziehung von Sachkundigen gemäß Absatz 7 entstehen, trägt die Konföderation.

## **§ 10 Verfahren**

(1) <sup>1</sup>Anträge müssen innerhalb von sechs Monaten abschließend bearbeitet werden. <sup>2</sup>Abweichungen hiervon beschließt die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission im Einzelfall. <sup>3</sup>Wird über einen Antrag nicht innerhalb von sechs Monaten entschieden und hat die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission nicht die Weiterbehandlung beschlossen, können mindestens sechs Vertreter und Vertreterinnen der Anstellungsträger gemeinsam sowie der Sprecher oder die Sprecherin der Mitarbeiterschaft (§ 9 Absatz 5) das Scheitern der Verhandlungen erklären und die Schlichtung einleiten (Abschnitt 4)

(2) Ist die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission trotz zweimaliger ordnungsgemäßer Ladung nicht beschlussfähig, kann sie mit Zustimmung mindestens der Hälfte ihrer Mitglieder die Angelegenheit der Schlichtungskommission zur Entscheidung vorlegen (Abschnitt 4).

## **Abschnitt 3 Aufgaben der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission**

### **§ 11 Mitwirkung bei der Vorbereitung von öffentlich-rechtlichen Regelungen**

(1) Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission wirkt bei der Vorbereitung von Regelungen der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig, der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg mit, die die kirchengesetzlich geregelten öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse betreffen und von arbeitsrechtlicher Bedeutung sind.

(2) <sup>1</sup>Hält die zuständige oberste Behörde einer der beteiligten Kirchen eine Regelung nach Absatz 1 für erforderlich, wird dies der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission mitgeteilt und die beabsichtigte Regelung erörtert. <sup>2</sup>Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission kann ihrerseits Regelungen anregen; Satz 1 gilt entsprechend. <sup>3</sup>Die zuständige oberste Behörde kann Mitglieder der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission, die ihr als Vertreter und Vertreterinnen der Anstellungsträger angehören, mit der Wahrnehmung der Erörterung beauftragen.

(3) <sup>1</sup>Die zuständige oberste Behörde unterrichtet das nach näherer Bestimmung der jeweiligen Kirche zuständige Rechtsetzungsorgan über das Ergebnis der Erörterung nach Absatz 2, soweit das Organ über das Regelungsvorhaben zu entscheiden hat. <sup>2</sup>Eine Stellungnahme der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission ist mitzuteilen.

(4) Bei Regelungen, die die Rechtsstellung der Pfarrerschaft betreffen, ist auch die Stellungnahme der Pfarrervertretungen der jeweils beteiligten Kirchen mitzuteilen.

(5) Grundsatzfragen des kirchlichen Dienstrechts sind zu erörtern, wenn dies als notwendig angesehen wird; Absatz 2 gilt entsprechend.

## **§ 12**

### **Mitwirkung bei der Vorbereitung sonstiger Regelungen**

Die Vorschriften des § 11 sind auf andere Regelungen, die die Arbeitsverhältnisse von privatrechtlich Beschäftigten betreffen und nicht Gegenstand der Dienstvertragsordnung oder einer anderen Arbeitsrechtsregelung sind, entsprechend anzuwenden.

## **§ 13**

### **Ausschuss der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission**

(1) <sup>1</sup>Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission kann durch einstimmig gefassten Beschluss einen Ausschuss einsetzen, der anstelle der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission abschließend die Aufgaben gemäß §§ 11 und 12 wahrnimmt. <sup>2</sup>Dem Ausschuss gehört jeweils die gleiche Anzahl von Vertreterinnen und Vertretern der Mitarbeiterschaft sowie von Vertreterinnen und Vertretern der Anstellungsträger an, höchstens jedoch acht Mitglieder. <sup>3</sup>Diese müssen zugleich Mitglieder der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission sein.

(2) Die Amtszeit des Ausschusses endet mit der Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission; diese kann den Ausschuss durch Beschluss auch vor dem Ende der Amtszeit auflösen.

(3) Für den Ausschuss der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission gelten im Übrigen die Vorschriften über die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission entsprechend.

## **§ 14**

### **Zustandekommen der Dienstvertragsordnung und weiterer Arbeitsrechtsregelungen**

(1) Die Dienstvertragsordnung und die weiteren Arbeitsrechtsregelungen enthalten die erforderlichen allgemeinen Bestimmungen über den Abschluss von Dienstverträgen zwischen den Anstellungsträgern und ihren in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(2) Die Dienstvertragsordnung und die weiteren Arbeitsrechtsregelungen werden unbeschadet der Vorschriften des Abschnitts 4 von der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission beschlossen und geändert.

(3) Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission wird aufgrund von Vorlagen eines in ihr vertretenen Mitarbeiterverbandes oder einer in ihr vertretenen Gewerkschaft, der zu-

ständigen obersten Behörde einer der beteiligten Kirchen oder aufgrund eigenen Beschlusses tätig.

(4) <sup>1</sup>Ein Beschluss über die Dienstvertragsordnung oder eine andere Arbeitsrechtsregelung, ihre Änderung oder darüber, ihre Änderung zu unterlassen, wird den in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vertretenen Mitarbeiterverbänden und Gewerkschaften und den zuständigen obersten Behörden der beteiligten Kirchen zugeleitet. <sup>2</sup>Erhebt keine dieser Stellen innerhalb eines Monats bei der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission Einwendungen gegen den Beschluss, so veranlasst die Geschäftsstelle der Konföderation die Bekanntmachung in den amtlichen Verkündungsblättern der Kirchen.

(5) <sup>1</sup>Werden innerhalb der Frist nach Absatz 4 Satz 2 Einwendungen erhoben, so verhandelt und beschließt die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission spätestens nach drei Monaten erneut und teilt diesen Beschluss den in Absatz 4 Satz 1 genannten Stellen mit. <sup>2</sup>Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend. <sup>3</sup>Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission kann die Dreimonatsfrist nach Satz 1 durch Beschluss verlängern.

(6) Werden auch gegen den nach Absatz 5 gefassten Beschluss Einwendungen von einer der in Absatz 4 Satz 1 genannten Stellen erhoben, wird unverzüglich das Schlichtungsverfahren nach den Vorschriften des Abschnitts 4 eingeleitet.

## **§ 15**

### **Anwendung von im Land Niedersachsen geltenden Bestimmungen**

(1) Sofern in der Dienstvertragsordnung festgelegt ist, dass für den öffentlichen Dienst im Land Niedersachsen geltende Bestimmungen in ihrer jeweiligen Fassung entsprechend anzuwenden sind, werden Änderungen solcher im Land Niedersachsen geltenden Bestimmungen für die beteiligten Kirchen nur wirksam, wenn die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission dies auf Antrag einer berechtigten Stelle (§ 14 Absatz 3) beschließt.

(2) Wird ein Antrag nach Absatz 1 gestellt, gelten für das weitere Verfahren die Vorschriften über die Änderung der Dienstvertragsordnung entsprechend.

## **Abschnitt 4**

### **Verbindliche Konfliktlösung durch Schlichtung**

## **§ 16**

### **Schlichtungskommission, Zusammensetzung und rechtliche Stellung der Mitglieder**

(1) In den Fällen des § 10 Absatz 1 Satz 3, des § 10 Absatz 2 und des § 14 Absatz 6 ist eine Schlichtungskommission zu bilden.

(2) <sup>1</sup>Die Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft sowie die Vertreter und Vertreterinnen der Anstellungsträger in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission benennen innerhalb eines Monats nach Einleitung der Schlichtung für das jeweilige Verfahren je einen Schlichter oder eine Schlichterin sowie je vier Beisitzer und Beisitzerinnen (beisitzende Mitglieder) als Mitglieder für die Schlichtungskommission. <sup>2</sup>Über die Benen-

nung der beisitzenden Mitglieder verständigen sich die Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft einerseits sowie die Vertreter und Vertreterinnen der Anstellungsträger andererseits untereinander.

(3) In gleicher Weise wird für die Schlichter und Schlichterinnen und die beisitzenden Mitglieder jeweils ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin benannt, der oder die ebenfalls die Voraussetzungen des Absatzes 4 erfüllen muss.

(4) <sup>1</sup>Die Mitglieder der Schlichtungskommission sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. <sup>2</sup>Sie müssen zu kirchlichen Ämtern in einer der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland wählbar sein. <sup>3</sup>Ausnahmsweise darf auch Mitglied der Schlichtungskommission sein, wer einer Kirche angehört, die in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Niedersachsen mitarbeitet. <sup>4</sup>Die Mitglieder der Schlichtungskommission dürfen nicht einem Rechtsprechungs- oder Schiedsorgan der Konföderation oder einer der beteiligten Kirchen angehören oder Mitglied oder stellvertretendes Mitglied in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission sein.

(5) <sup>1</sup>Die Schlichter und Schlichterinnen sowie deren Stellvertretungen sollen die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz besitzen. <sup>2</sup>Sie dürfen nicht im Dienst einer der beteiligten Kirchen oder der Diakonie dieser Kirchen stehen.

(6) Werden Mitglieder der Schlichtungskommission oder Stellvertreter nicht innerhalb der Frist nach Absatz 2 Satz 1 benannt, beruft der Präsident oder die Präsidentin des Kirchengengerichtshofs der Evangelischen Kirche in Deutschland die fehlenden Mitglieder oder Stellvertretungen.

(7) <sup>1</sup>Ein Mitglied der Schlichtungskommission oder eine Stellvertretung scheidet aus dem Amt aus, wenn eine der Voraussetzungen nach Absatz 4 wegfällt. <sup>2</sup>Scheidet ein Mitglied oder eine Stellvertretung aus, ist ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin zu benennen. <sup>3</sup>Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(8) <sup>1</sup>Die Mitglieder der Schlichtungskommission üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. <sup>2</sup>Sie erhalten Reisekostenvergütung nach den für die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers geltenden Bestimmungen sowie eine Aufwandsentschädigung, die der Rat der Konföderation allgemein regelt.

(9) Die Kosten der Schlichtung trägt die Konföderation.

## **§ 17 Vermittlungsverfahren**

(1) Im Fall des § 10 Absatz 1 wird der Antrag, im Fall des § 10 Absatz 2 wird die Angelegenheit und im Fall des § 14 Absatz 6 werden der Beschluss und die Einwendungen zunächst den Schlichterinnen und Schlichtern zur Durchführung einer Vermittlung vorgelegt.

(2) <sup>1</sup>Die Schlichter und Schlichterinnen erarbeiten einen Vermittlungsvorschlag in nicht-öffentlicher Sitzung; dabei sind sie nicht an die Anträge gebunden, die in der streitigen Sache in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission gestellt wurden. <sup>2</sup>Sie sollen zu-

vor den zu Einwendungen berechtigten Stellen (§ 14 Absatz 4) sowie den Mitgliedern der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

(3) <sup>1</sup>Die Schlichter und Schlichterinnen sollen der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission binnen eines Monats nach Einleitung des Vermittlungsverfahrens das Ergebnis der Vermittlung nach Absatz 2 mitteilen. <sup>2</sup>Konnten sich die Schlichter und Schlichterinnen nicht auf einen Vermittlungsvorschlag einigen, teilen sie dies unter Beifügung ihrer Voten mit.

(4) <sup>1</sup>Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission verhandelt und beschließt unverzüglich über das Vermittlungsergebnis. <sup>2</sup>Bei ihrer Entscheidung ist sie jedoch nicht an den Vermittlungsvorschlag oder die Voten gebunden.

(5) <sup>1</sup>Die Geschäftsstelle der Konföderation teilt den Beschluss nach Absatz 4 den zu Einwendungen berechtigten Stellen (§ 14 Absatz 4) mit. <sup>2</sup>Erhebt keine dieser Stellen binnen eines Monats nach Mitteilung Einwendungen, ist der Beschluss verbindlich und das Verfahren beendet. <sup>3</sup>Die Geschäftsstelle der Konföderation veranlasst die Bekanntmachung der Regelung, die sich aus dem Beschluss der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission ergibt, in den amtlichen Verkündungsblättern der Kirchen.

(6) Werden Einwendungen erhoben, so wird das Verfahren nach § 18 fortgesetzt.

## **§ 18**

### **Verfahren vor der Schlichtungskommission**

(1) <sup>1</sup>Die Schlichtungskommission tritt im Fall des § 17 Absatz 6 unverzüglich zusammen. <sup>2</sup>Sie wird zu ihrer Sitzung von der Geschäftsstelle im Benehmen mit den beiden Schlichtern und Schlichterinnen mit einer Frist von mindestens zwei Wochen eingeladen. <sup>3</sup>Erforderliche Unterlagen sollen möglichst mit der Einladung versandt werden.

(2) <sup>1</sup>Der Schlichtungskommission gehören die beiden Schlichter und Schlichterinnen sowie die acht Beisitzer und Beisitzerinnen an (§ 16 Absatz 2). <sup>2</sup>Zu Beginn der ersten Sitzung wird durch Los bestimmt, welcher Schlichter oder welche Schlichterin stimmberechtigt ist. <sup>3</sup>Der nicht stimmberechtigte Schlichter oder die nicht stimmberechtigte Schlichterin nimmt beratend teil. <sup>4</sup>Bis zur Bestimmung der stimmberechtigten Schlichterin oder des stimmberechtigten Schlichters leitet ein Vertreter oder eine Vertreterin der Geschäftsstelle der Konföderation die Sitzung. <sup>5</sup>Der stimmberechtigte Schlichter oder die stimmberechtigte Schlichterin ist Vorsitzender oder Vorsitzende der Schlichtungskommission.

(3) <sup>1</sup>Die Schlichtungskommission ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder, darunter der oder die Vorsitzende oder dessen oder deren Stellvertretung, anwesend ist. <sup>2</sup>Die Schlichtungskommission beschließt mit der Mehrheit ihrer stimmberechtigten Mitglieder.

(4) <sup>1</sup>In den Fällen des § 10 Absatz 2 soll die Schlichtungskommission in voller Besetzung entscheiden. <sup>2</sup>Ist die Schlichtungskommission trotz ordnungsgemäßer Ladung nicht vollständig besetzt, gilt Absatz 3.

(5) <sup>1</sup>Die Schlichtungskommission gibt den zu Einwendungen berechtigten Stellen (§ 14 Absatz 4) und den Mitgliedern der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission Gelegenheit zur Stellungnahme, erörtert auf deren Wunsch die Einwendungen mit ihnen und berät und entscheidet in nichtöffentlicher Sitzung. <sup>2</sup>Die Schlichtungskommission ist nur befugt, im Rahmen der zuletzt in Bezug auf den Verhandlungsgegenstand in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission gestellten Anträge zu entscheiden.

(6) Die Schlichtungskommission soll ihre Entscheidung innerhalb von zwei Monaten treffen.

(7) <sup>1</sup>Die abschließenden Entscheidungen im Schlichtungsverfahren sind verbindlich. <sup>2</sup>Sie haben die Wirkung von Entscheidungen der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission.

(8) Die Geschäftsstelle der Konföderation veranlasst die Bekanntmachung der Regelung, die sich aus dem Schlichtungsverfahren ergibt, in den amtlichen Verkündungsblättern der Kirchen.

## **Abschnitt 5 Übergangs- und Schlussvorschriften**

### **§ 19 Zuständigkeit**

Zuständige oberste Behörde ist das Landeskirchenamt.

### **§ 20 Erstmalige Bildung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission**

(1) <sup>1</sup>Die Amtszeit der am 31. Dezember 2017 bestehenden Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission wird verlängert; sie endet mit Ablauf des 31. Mai 2022. <sup>2</sup>Damit ist die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission nach den Regelungen dieses Kirchengesetzes erstmals zum 1. Juni 2022 zu bilden.

(2) <sup>1</sup>Sofern am Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes keine Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission besteht, finden abweichend von Absatz 1 die Regelungen dieses Kirchengesetzes über die Bildung und die Zusammensetzung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission mit dem Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes Anwendung. <sup>2</sup>Die Amtszeit der nach Satz 1 gebildeten Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission endet mit Ablauf des 31. Mai 2023.

### **§ 21 Anhängige Schlichtungsverfahren**

Auf Schlichtungsverfahren, die am 31. Dezember 2017 anhängig sind, finden weiterhin die Regelungen des Abschnitts IV Unterabschnitt 3 des Mitarbeitergesetzes der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen in der am 31. Dezember 2017 geltenden Fassung Anwendung.

**Artikel 4**  
**Inkrafttreten**

Dieses Kirchengesetz tritt am 1. Januar 2018 in Kraft, jedoch nicht vor Inkrafttreten gleichlautender Kirchengesetze zur Zustimmung zum Arbeitsrechtsregelungsgrundsätzegesetz der EKD und zur Einführung eines Kirchengesetzes über das Verfahren zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im kirchlichen Dienst der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg.

Hannover, den

Der Kirchensenat  
der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers

Anlage 2**Begründung:**

Kirchengesetz zur Zustimmung zum Arbeitsrechtsregelungsgrundsätze-gesetz der EKD und zur Einführung eines Kirchengesetzes über das Verfahren zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im kirchlichen Dienst

**I. Allgemeines**

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat mit Urteil vom 20. November 2012<sup>1</sup> anerkannt, dass der im Rahmen des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts gewählte Weg, die Gestaltung der Arbeitsbedingungen paritätisch besetzten Arbeitsrechtlichen Kommissionen zu überlassen (sog. Dritter Weg), nicht zu beanstanden ist. Erfüllen die kirchlichen Regelungen über die Verfahren zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen die mit diesem BAG-Urteil aufgestellten Voraussetzungen, tritt die Koalitionsfreiheit der Gewerkschaften insoweit hinter das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen zurück, dass Streiks zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen nicht zulässig sind.

Vor dem Hintergrund dieses BAG-Urteils hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) mit dem Arbeitsrechtsregelungsgrundsätze-gesetz (ARGG-EKD)<sup>2</sup> Grundsätze für die Verfahren zur Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der kirchlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aufgestellt (Amtsbl. EKD 2013 S. 420). Diesem ARGG-EKD soll nunmehr zugestimmt werden.

Sowohl eine Zustimmung zum ARGG-EKD als auch das BAG-Urteil selbst erfordern eine Anpassung der landeskirchlichen Regelungen über den Dritten Weg.

Für den Bereich der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig, der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg ist das Verfahren zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen der privatrechtlich beschäftigten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Mitarbeitergesetz (MG)<sup>3</sup> geregelt. Dieses Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen wird seit dem 1. Januar 2015 aufgrund entsprechender Kirchengesetze der vorgenannten Kirchen jeweils als landeskirchliches Gesetz fortgeführt.

Im Konföderationsvertrag<sup>4</sup> haben sich die Kirchen verpflichtet, Regelungen über die Arbeit der gemeinsamen Einrichtungen gleichlautend zu gestalten (§ 11 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 9 des Vertrages). Demnach müssen Änderungen des Mitarbeitergesetzes in Bezug auf

---

<sup>1</sup> Bundesarbeitsgericht Urteil vom 20. Nov. 2012 – Az.: 1 AZR 179/11 – (Arbeitskampf in kirchlichen Einrichtungen – Dritter Weg)

<sup>2</sup> Kirchengesetz über die Grundsätze zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Diakonie (Arbeitsrechtsregelungsgrundsätze-gesetz – ARGG-EKD) vom 13. November 2013 (Amtsbl. EKD 2013 S. 420)

<sup>3</sup> Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Rechtsstellung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Mitarbeitergesetz – MG) vom 11. März 2000 (Kirchl. Amtsbl. Hannover 2000 S. 92, zuletzt geändert durch:

- Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig: Kirchengesetz vom 24. November 2016 (ABl. 2017 S. 5)
- Ev.-luth. Landeskirche Hannovers: Verordnung mit Gesetzeskraft vom 21. Oktober 2016 (Kirchl. Amtsbl. S. 139, S. 140)
- Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg: Gesetzesvertretende Verordnung vom 27. Oktober 2016 (GVBl. 28 Band, S. 31)

<sup>4</sup> Vertrag über die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen vom 28. März 2014 (Amtsbl. Braunschweig 2015, S. 31; Kirchl. Amtsbl. Hannover 2014 S. 51; GVBl. Oldenburg 27. Band, S. 188)

die Vorschriften über den Dritten Weg von den beteiligten Kirchen (Braunschweig, Hannover, Oldenburg) gleichlautend vorgenommen werden.

Insbesondere vor diesem Hintergrund sollen die Vorschriften über den Dritten Weg aus dem Mitarbeitergesetz herausgelöst und jeweils in ein eigenständiges Arbeitsrechtsregelungsgesetz für die beteiligten Kirchen der Konföderation (im Folgenden: ARRG-Kirche) überführt werden, mit den notwendigen Anpassungen an die Regelungen des ARGG-EKD sowie weiteren vorwiegend redaktionellen Anpassungen.

Im Vorfeld dieses Rechtsetzungsvorhabens hat mit Vertreterinnen und Vertretern der im Bereich der Landeskirchen Braunschweig, Hannovers und Oldenburg tätigen Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften ein Gedankenaustausch stattgefunden. Die Gewerkschaft ver.di hatte sich trotz Einladung nicht daran beteiligt.

In dem vorliegenden Gesetzentwurf sind auch von den Mitarbeiterverbänden und Gewerkschaften eingebrachte Gedanken berücksichtigt.

## **II. Zum Entwurf des Artikelgesetzes im Einzelnen**

### **1. Artikel 1**

Zustimmung des landeskirchlichen Gesetzgebers zum Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetz der EKD gemäß Artikel 10 Abs. 2 Grundordnung EKD.

### **2. Artikel 2**

#### **Änderung des Mitarbeitergesetzes**

#### **2.1 Nr. 1**

Diese Änderung folgt aus der Fortgeltung des Mitarbeitergesetzes der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen als Gesetz der Landeskirchen.

#### **2.2 Nr. 2**

Mit dieser Änderung wird darauf verwiesen, dass das Zustandekommen der Dienstvertragsordnung (DienstVO)<sup>5</sup> durch ein besonderes Kirchengesetz geregelt wird.

#### **2.3 Nr. 3**

Mit der Aufhebung des IV. Abschnitts werden die bisherigen Regelungen über den Dritten Weg aus dem Mitarbeitergesetz gestrichen.

---

<sup>5</sup> Dienstvertragsordnung vom 16. Mai 1983 (Kirchl. Amtsbl. Hannover 1983, S. 65), in der Fassung der Bekanntmachung der 61. Änderung vom 10. Juni 2008 (Kirchl. Amtsbl. Hannover 2008 S. 70), zuletzt geändert durch die 87. Änderung vom 10. Aug. 2017 (Kirchl. Amtsbl. Hannover, S. ...)

**3.****Artikel 3****Kirchengesetz über das Verfahren zur Regelung der  
Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen  
im kirchlichen Dienst  
(Arbeitsrechtsregelungsgesetz – ARRG-Kirche)****3.1 § 1 - Grundsatz**

Grundsatz für die gemeinsame Verantwortung für die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden.

**3.2 § 2 – Partnerschaft im Arbeits- und Dienstrecht**

Absatz 1 entspricht dem Wortlaut des bisherigen § 15 Mitarbeitergesetz (MG).

Mit Absatz 2 wird klargestellt, dass die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission (ADK) bei der Vorbereitung von Regelungen über öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse nur dann mitwirkt, wenn diese auch für die Dienstverhältnisse privatrechtlich Beschäftigter von Bedeutung sind (z. B. umzugskostenrechtliche Bestimmungen).

**3.3 § 3 – Arbeitsrechtsregelungen**

Mit § 3 wird der Regelungsinhalt des bisherigen § 15a MG übernommen.

**3.4 § 4 – Zusammensetzung und Bildung der ADK**

Mit Absatz 1 wird der Inhalt der bisherigen Regelung des § 16 Abs. 1 MG übernommen, dass der ADK neun Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft und neun Vertreter und Vertreterinnen der Anstellungsträger angehören.

Mit Absatz 2 wird der Regelungsinhalt des bisherigen § 16 Abs. 1 Satz 1 und 3 MG mit Anpassungen übernommen:

- Mitglied der ADK kann nur sein, wer zu kirchlichen Ämtern in einer der Gliedkirchen der EKD wählbar ist.
- Ausnahmsweise darf auch Mitglied der ADK sein, wer einer Kirche angehört, die in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Niedersachsen mitarbeitet. Die hierzu bisher festgelegte Obergrenze von drei Vertreterinnen und Vertretern der Mitarbeiterschaft wird aufgegeben.

Mit Absatz 3 wird die Regelung des bisherigen § 16 Abs. 1 Satz 2 MG an das ARGG-EKD angepasst. Bisher müssen mindestens zwei Drittel der Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft und mindestens zwei Drittel der Vertreter und Vertreterinnen der Anstellungsträger im Zeitpunkt ihrer Entsendung im kirchlichen Dienst beschäftigt sein. Künftig soll der Grenzwert mindestens die Hälfte sein.

Mit den Absätzen 3 und 4 wird der Regelungsinhalt des bisherigen § 16 Absätze 3 und 4 MG übernommen.

### **3.5 § 5 – Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft**

Mit § 5 wird der Regelungsinhalt des bisherigen § 17 MG übernommen. Dabei wurde der bisherige Begriff „berufliche Vereinigungen“ durch „Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften“ ersetzt.

Mit seinem Urteil vom 19.07.2017 (zu § 17 Mitarbeitergesetz) hat das Verfassungs- und Verwaltungsgericht der VELKD entschieden, dass ein Mitarbeiterverband im Sinne des § 5 Abs. 2 ARR-G-Kirche – neben weiteren Anforderungen – dadurch gekennzeichnet wird, dass er der Zusammenschluss von ausschließlich beruflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sinne des § 2 Abs. 2 Mitarbeitergesetzes ist. Die Möglichkeit für die Aufnahme von Ehrenamtlichen und weiteren Personen, die in keinem Beschäftigungsverhältnis zu einem kirchlichen Anstellungsträger stehen, schließt einen Verband vom Anwendungsbereich des § 5 ARR-G-Kirche aus.

Ein solches Verständnis des Mitarbeiterbegriffs zur Charakterisierung eines Mitarbeiterverbandes im Sinne des § 5 ARR-G-Kirche steht nach dem Urteil des Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der VELKD im Einklang mit der Intention des Gesetzes und dem kirchlichen Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht, wonach die Ausgestaltung der grundlegenden Arbeitsbedingungen denjenigen überantwortet bleiben muss, die diesen Regelungen durch ihr Arbeits- und Dienstverhältnis unterworfen sind.

§ 5 Abs. 4 ARR-G-Kirche regelt, dass die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen für die Prüfung und Entscheidung zuständig ist, ob die Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften, die ihre Mitwirkung in der ADK angezeigt haben, die vorgenannten Voraussetzungen erfüllen. Bei Streitigkeiten über diese Entscheidung kann der Rechtshof der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen angerufen werden.

Auf die Anpassung an die Vorgabe des ARGG-EKD, dass die Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften eine bestimmte Mächtigkeit (Mitgliederzahl) haben müssen, um in der ADK vertreten sein zu können, wurde bewusst verzichtet. Weil die ADK für den Bereich von drei unterschiedlich großen Landeskirchen zuständig ist, ist davon auszugehen, dass die Vorgabe eines Grenzwertes zu einer Benachteiligung von Mitarbeiterverbänden und Gewerkschaften führen würde, die sich nur im Bereich einer kleineren Landeskirche betätigen.

### **3.6 § 6 – Verfahren bei Nichteinigung und beim Ausscheiden eines Mitarbeiterverbandes oder einer Gewerkschaft**

Mit § 6 wird der Regelungsinhalt des bisherigen § 18 MG übernommen, der das Verfahren für die Fälle regelt, dass

- sich die Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften, die ihre Mitwirkung in der ADK angezeigt haben, nicht auf die Verteilung der neun Plätze in der ADK verständigen können (Absatz 1),
- sich ein Mitarbeiterverband oder eine Gewerkschaft aus der ADK zurückzieht (Absatz 2).

Im Fall der Nichteinigung über die Verteilung der Plätze in der ADK wird die bisherige Möglichkeit, dass sich die Mitarbeiterverbände und die Gewerkschaften zunächst selbst auf einen Schlichter verständigen, nicht fortgeführt.

Die Formulierung in Absatz 1 Satz 2 „unter Einbeziehung der von den Mitarbeiterverbänden und Gewerkschaften vorzulegenden Listen mit den Mitgliedern, die bei einem Anstellungsträger im Sinne des § 2 Absatz 2 Mitarbeitergesetz tätig sind,“ macht deutlich, dass der Präsident oder die Präsidentin des Kircheng Gerichtshofs der EKD die Entscheidung nicht allein auf der Grundlage der vorgelegten Mitgliederzahlen treffen muss.

§ 6 Absatz 1 Satz 3 bestimmt, dass gegen die Entscheidung des Präsidenten oder der Präsidentin des Kircheng Gerichtshofs der EKD über die Verteilung der Plätze in der ADK kein Rechtsmittel gegeben ist.

Durch § 6 Absatz 2 wird bestimmt, dass der Präsident oder die Präsidentin des Kircheng Gerichtshofs der EKD die Entscheidung über die Verteilung der Plätze in der ADK unabhängig davon zu treffen hat, ob ein Mitarbeiterverband oder eine Gewerkschaft gegen die Entscheidung der Konföderation, nicht die Voraussetzungen eines Mitarbeiterverbandes oder einer Gewerkschaft zu erfüllen und damit nicht in der ADK mitwirken zu dürfen, den Rechtshof angerufen hat.

Mit § 6 Absatz 3 Satz 1 wird bestimmt, dass der Präsident oder die Präsidentin des Kircheng Gerichtshofs der EKD die Tätigkeit gemäß § 6 Absatz 1 ehrenamtlich ausübt. Mit Satz 2 wird zur Erstattung seiner oder ihrer Reisekosten und zur Höhe einer Aufwandsentschädigung auf die Vorschriften des § 16 Absatz 2 verwiesen.

### **3.7 § 7 – Vertreter und Vertreterinnen der Anstellungsträger**

Mit § 7 wird der Regelungsinhalt des bisherigen § 19 MG übernommen (Entsendung der von den obersten Dienstbehörden vorgeschlagenen Vertreter und Vertreterinnen durch den Rat der Konföderation).

### **3.8 § 8 – Amtszeit**

Mit § 8 wird der Regelungsinhalt des bisherigen § 20 MG übernommen, allerdings wurden die Begriffe der „Amtszeit der ADK“ und der „Dauer der Mitgliedschaft in der ADK“ deutlicher beschrieben.

Hierdurch wird klargestellt, dass die fünfjährige Amtszeit der ADK unabhängig von dem Datum ihrer konstituierenden Sitzung der ADK beginnt und endet. So ist sichergestellt, dass die ADK in einem gleichmäßigen Rhythmus gebildet wird. Die Amtszeit ist unabhängig davon, ob sich die nachfolgende ADK nach Ende der Amtszeit der vorangehenden ADK unverzüglich neu konstituiert.

Die Dauer der Mitgliedschaft der Vertreter und Vertreterinnen in der ADK muss nicht mit der Amtszeit der ADK korrespondieren. Dies ergibt sich schon aus den Regelungen der Absätze 2 und 3, wonach die entsendenden Stellen ihre Vertreter und Vertreterinnen jederzeit abberufen und Vertreter und Vertreterinnen nachentsenden können.

Ist bei Ablauf der Amtszeit der ADK noch keine neue ADK gebildet, bleiben die ADK-Mitglieder längstens bis zu einem Jahr nach Ablauf der Amtszeit der ADK im Amt und führen die Angelegenheiten der ADK kommissarisch fort.

### **3.9 § 9 – Geschäftsführung der ADK**

Mit § 9 wird der Regelungsinhalt des bisherigen § 21 MG übernommen. Ergänzend wird in Absatz 3 nunmehr eine Frist für die ordnungsgemäße Einberufung der ADK festgelegt.

### **3.10 § 10 – Verfahren**

Mit Absatz 1 wird der Regelungsinhalt des bisherigen § 22 MG übernommen.

Absatz 2 sieht eine Regelung für den Fall vor, dass die ADK trotz zweimaliger ordnungsgemäßer Ladung nicht beschlussfähig ist („leere Stühle“). In diesen Fällen kann die Angelegenheit mit Zustimmung der Hälfte der ADK-Mitglieder der Schlichtungskommission zur Entscheidung vorgelegt werden.

### **3.11 § 11 – Mitwirkung bei der Vorbereitung von öffentlich-rechtlichen Regelungen**

Mit § 11 wird der Regelungsinhalt des bisherigen § 23 MG übernommen.

In Absatz 1 wird zudem noch einmal klargestellt, dass die ADK bei der Vorbereitung von Regelungen der beteiligten Kirchen über öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse nur dann mitwirkt, wenn diese auch für die Dienstverhältnisse privatrechtlich Beschäftigter von Bedeutung sind (z. B. umzugskostenrechtliche Bestimmungen).

### **3.12 § 12 – Mitwirkung bei der Vorbereitung sonstiger Regelungen**

Mit § 12 wird der Regelungsinhalt des bisherigen § 24 MG übernommen. Hierbei handelt es sich um eine Auffangnorm für eventuelle Regelungen, die nicht bereits unter § 11 fallen.

Durch den Verweis auf § 11 wird deutlich gemacht, dass es sich auch hierbei nur um die Mitwirkung bei Regelungen handeln kann, die auch für die Dienstverhältnisse privatrechtlich Beschäftigter von Bedeutung sind.

### **3.13 § 13 – Ausschuss der ADK**

Mit § 13 wird der Regelungsinhalt des bisherigen § 25 MG übernommen. Damit soll der ADK die Rechtsgrundlage erhalten werden, einen Ausschuss für die Angelegenheiten der Mitwirkung nach den §§ 11 und 12 einzusetzen.

### **3.14 § 14 – Zustandekommen der Dienstvertragsordnung und weiterer Arbeitsrechtsregelungen**

Mit § 14 wird der Regelungsinhalt des bisherigen § 26 MG übernommen. Allein zur Klarstellung der ADK-Zuständigkeit wird der bisherige alleinige Begriff „Dienstvertragsordnung“ um die Wörter „die weiteren Arbeitsrechtsregelungen“ ergänzt.

**3.15 § 15 – Anwendung von im Land Niedersachsen geltenden Bestimmungen**

Mit § 15 wird der Regelungsinhalt des bisherigen § 27 MG übernommen.

**3.16 § 16 – Schlichtungskommission, Zusammensetzung und rechtliche Stellung der Mitglieder**

Mit § 16 wird der Regelungsinhalt des bisherigen § 28 MG mit Anpassungen übernommen.

Dadurch wird – insbesondere auf Anregung der Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften – an der Regelung festgehalten, dass die Schlichtungskommission anlassbezogen gebildet wird, mit jeweils einem Schlichter/einer Schlichterin der Mitarbeiterseite in der ADK und der Anstellungsträgerseite in der ADK. Außerdem ist weiterhin eine zweistufige Schlichtung vorgesehen:

- Vermittlungsverfahren durch die beiden Schlichter/Schlichterinnen und anschließende Beratungen in der ADK; sofern in der ADK hierüber keine Einigung erzielt wird;
- Verfahren vor der Schlichtungskommission mit einem verbindlichen Beschluss.

Das ARGG-EKD sieht dagegen vor, dass sich die Arbeitsrechtliche Kommission „dauerhaft“ (also für die gesamte Amtszeit der ADK und im Vorgriff auf gegebenenfalls anhängig werdende Verfahren) auf einen Schlichter einigt. Außerdem sieht das ARGG-EKD kein vorhergehendes Vermittlungsverfahren vor.

In der anlassbezogenen Bildung einer Schlichtungskommission mit zwei Schlichtern wird der Vorteil gesehen, dass

- ein langzeitiges Verfahren zur einvernehmlichen Benennung eines Schlichters vermieden wird;
- die Mitglieder der Schlichtungskommission im Hinblick auf den Streitgegenstand nach ihrem fachlichen Sachverstand ausgewählt werden können;
- die anlassbezogene Bildung der Schlichtungskommission – also das Fehlen einer eingerichteten Schlichtungskommission – eine stärkere Bereitschaft bewirken kann, sich in der ADK zu einigen.

Die bisherige Regelung, dass Mitglied der Schlichtungskommission nur sein kann, wer zu kirchlichen Ämtern in einer der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland wählbar ist, wird dahin gehend ergänzt, dass ausnahmsweise auch Mitglied der Schlichtungskommission sein darf, wer einer Kirche angehört, die in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Niedersachsen mitarbeitet.

Zudem ist ergänzend die Bestimmung aufgenommen, dass nicht nur die Schlichter und Schlichterinnen sondern auch die beisitzenden Mitglieder der Schlichtungskommission nicht der ADK angehören dürfen.

### **3.17 § 17 – Vermittlungsverfahren**

Mit § 17 wird der Regelungsinhalt des bisherigen § 29 MG über das Vermittlungsverfahren der beiden Schlichter/Schlichterinnen übernommen (erste Stufe der Schlichtung).

### **3.18 § 18 – Verfahren vor der Schlichtungskommission**

Mit § 18 wird der Regelungsinhalt des bisherigen § 29a MG übernommen. Ergänzend wird in Absatz 1 nunmehr eine Frist für die ordnungsgemäße Einberufung der Schlichtungskommission festgelegt.

In der Sitzung der ersten Sitzung der Schlichtungskommission wird zunächst durch Los ermittelt, welche/r der beiden Schlichter/Schlichterinnen stimmberechtigt ist. Der nicht stimmberechtigte Schlichter bzw. die nicht stimmberechtigte Schlichterin nimmt an der Sitzung beratend teil.

Im Blick auf die Vorgabe des ARGG-EKD ist nunmehr bestimmt, dass die abschließenden Entscheidungen der Schlichtungskommission verbindlich sind und die Wirkung von Entscheidungen der ADK haben. Die bisherige Beteiligung der ADK nach Vorliegen des Beschlusses der Schlichtungskommission ist demnach aufzugeben.

### **Übergangs- und Schlussvorschriften**

### **3.19 § 19 – Zuständigkeit**

Im ARRG-Kirche ist an verschiedenen Stellen die Zuständigkeit der obersten Dienstbehörde angeführt. Die Kirchen, die am gleichlautend zu fassenden ARRG-Kirche beteiligt sind, legen jeweils in ihrem landeskirchlichen Gesetz die oberste Dienstbehörde fest. In der Landeskirche Hannovers ist dies das Landeskirchenamt.

### **3.20 § 20 – erstmalige Bildung der ADK**

Mit Absatz 1 wird geregelt, dass die Einführung des neuen ARRG-Kirche grundsätzlich nicht die Neubildung der ADK zur Folge hat. Vor dem Hintergrund, dass sich für die derzeit laufende Amtszeit der ADK (1. November 2015 bis 31. Oktober 2020) noch keine ADK konstituieren konnte, wird für den Fall, dass am 31. Dezember 2017 eine ADK gebildet ist, das Ende der Amtszeit dieser ADK vom 31. Oktober 2020 auf den 31. Mai 2022 hinausgeschoben. Damit beginnen die künftigen Amtszeiten der ADK sowohl im Fall des § 20 Abs. 1 als auch im Fall des § 20 Abs. 2 in einem 5-Jahre-Rhythmus jeweils am 1. Juni des betreffenden Jahres.

Mit Absatz 2 wird eine Regelung für den Fall getroffen, dass beim Inkrafttreten des ARRG-Kirche keine ADK besteht. In diesem Fall kommen die Regelungen des ARRG-Kirche über die Bildung und die Zusammensetzung der Arbeit- und Dienstrechtlichen Kommission unverzüglich mit dem Inkrafttreten des ARRG-Kirche zur Anwendung.

Unter Zugrundelegung der Frist des § 4 Abs. 5 ARRG-Kirche (*„Spätestens vier Monate vor Ablauf der Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission gibt der Rat der Konföderation im Kirchlichen Amtsblatt der Evangelisch-lutherischen*

*Landeskirche Hannovers bekannt, dass die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission neu zu bilden ist.“) wäre die erstmalige Bildung der ADK nach den Bestimmungen des ARRG-Kirche zum 1. Juni 2018 möglich. Hieraus ergibt sich gemäß § 8 Abs. 1 ARRG-Kirche das Ende der Amtszeit dieser ADK mit Ablauf des 31. Mai 2023.*

### **3.21 § 21 – Anhängige Schlichtungsverfahren**

Diese Regelung stellt klar, dass auf Schlichtungsverfahren, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits anhängig sind, weiterhin die Bestimmungen des Mitarbeitergesetzes über die Schlichtung Anwendung finden.

## **4.**

### **Artikel 4**

#### **Inkrafttreten**

Für das Inkrafttreten dieses Artikelgesetzes ist der 1. Januar 2018 in Aussicht genommen.

**Anlage 3**

ENTWURF

**Kirchengesetz zur Zustimmung zum Arbeitsrechtsregelungs-  
grundsätze-gesetz der EKD und zur Einführung eines Kirchengesetzes über das Verfahren zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im kirchlichen Dienst**

*(Artikelgesetz: 1. Zustimmung zum ARGG-EKD  
2. Änderung des Mitarbeitergesetzes  
3. neues ARR)*

*(gemäß Konföderationsvertrag gleichlautende landeskirchliche Gesetze)*

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)

*(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)*

*(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)*

*(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)*

*Vom ...*

*Die Landessynode hat das folgende Kirchengesetz beschlossen:*

*Vom ...*

*Die Landessynode hat mit Zustimmung des Kirchsenates das folgende Kirchengesetz beschlossen:*

*Vom ...*

*Die ... Synode der Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg hat das nachfolgende Kirchengesetz beschlossen:*

**Artikel 1**

Dem Kirchengesetz über die Grundsätze zur Regelung der Arbeitsver-

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
	<p>hältnisse der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Diakonie (Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetz – ARGG-EKD) vom 13. November 2013 (Amtsbl. EKD 2013 S. 420) wird zugestimmt.</p>		
	<p style="text-align: center;"><b><u>Artikel 2</u></b> <b>Änderung des Mitarbeitergesetzes</b></p>		
	<p>Das Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Rechtsstellung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Mitarbeitergesetz – MG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. März 2000 (Kirchl. Amtsbl. S. 92), zuletzt geändert durch Verordnung mit Gesetzeskraft vom 21. Oktober 2016 (Kirchl. Amtsbl. S. 139),</p>		
	<p>Das Kirchengesetz über die Rechtsstellung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Mitarbeitergesetz – MG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. März 2000 (ABl. 2000 S. 39), zuletzt geändert durch Kirchengesetz vom 24. November 2016 (ABl. 2017 S. 5),</p>	<p>Das Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Rechtsstellung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Mitarbeitergesetz – MG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. März 2000 (Kirchl. Amtsbl. S. 92), zuletzt geändert durch Ver-</p>	<p>Das Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Rechtsstellung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Mitarbeitergesetz – MG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. März 2000 (GVBl. 24. Band, S. 140), zuletzt geändert durch</p>

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
...		ordnung mit Gesetzeskraft vom 21. Oktober 2016 (Kirchl. Amtsbl. S. 139), wird wie folgt geändert	gesetzesvertretende Verordnung vom 27. Oktober 2016 (GVBl. 28. Band, S. 31),
	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <i>(Diese Änderung ist in der Landeskirche in Braunschweig bereits umgesetzt.)</i> </div>	1. In der Gesetzesüberschrift werden die Wörter „der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen“ gestrichen.	
<p style="text-align: center;">§ 9 Dienstvertragsordnung</p> <p>(1) Dienstverträge werden nach den Bestimmungen einer Dienstvertragsordnung abgeschlossen, die nach den Vorschriften dieses Kirchengesetzes in Kraft tritt.</p> <p>...</p>		<p>2. § 9 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(1) Dienstverträge werden nach den Bestimmungen einer Dienstvertragsordnung <b>und der diese Dienstvertragsordnung ergänzenden Arbeitsrechtsregelungen</b> abgeschlossen. <b>Das Zustandekommen der Dienstvertragsordnung regelt das Arbeitsrechtsregelungsgesetz-Kirche.</b>“</p>	

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p style="text-align: center;">IV. Abschnitt</p> <p>1. Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission ...</p> <p>2. Aufgaben der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission ...</p> <p>3. Schlichtung ...</p>	<p><b>3.</b> Der IV. Abschnitt wird unter Beibehaltung der Abschnittsbezeichnung und der Paragraphenbezeichnungen aufgehoben.</p> <p style="text-align: center;"><b>Artikel 3</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Kirchengesetz über das Verfahren zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im kirchlichen Dienst (Arbeitsrechtsregelungsgesetz – ARRG-Kirche)</b></p> <p style="text-align: center;"><i>Vom ...</i>   <i>Vom ...</i>   <i>Vom ...</i></p> <p><b>Inhaltsverzeichnis:</b></p> <p style="text-align: center;">...</p>		
<p style="text-align: center;">IV. Abschnitt</p> <p>1. Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission</p>	<p style="text-align: center;"><b>Abschnitt 1</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Allgemeine Bestimmungen</b></p> <p style="text-align: center;"><b>§ 1</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Grundsatz</b></p> <p><sup>1</sup>Die Verantwortung für den Dienst in der Kirche tragen die Leitungsorgane und die Mitarbeitenden gemeinsam. <sup>2</sup>Die Arbeits-</p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p style="text-align: center;"><b>§ 15</b> Partnerschaft im Arbeits- und Dienstrecht</p> <p>Zur partnerschaftlichen Regelung der privatrechtlichen Dienstverhältnisse und Mitwirkung bei der Vorbereitung von Bestimmungen über öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse wird für die Konföderation und die beteiligten Kirchen eine Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission gebildet.</p> <p style="text-align: center;"><b>§ 15a</b> Arbeitsrechtsregelungen</p> <p>(1) Arbeitsrechtsregelungen sind die Beschlüsse der Arbeits- und</p>	<p><b>bedingungen der Mitarbeitenden werden in einem kirchengemäßen Verfahren im Sinne des Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetzes der Evangelischen Kirche in Deutschland<sup>*)</sup> geregelt.</b></p> <p>-----</p> <p><sup>*)</sup> Kirchengesetz über die Grundsätze zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Diakonie (Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetz – ARGG-EKD) vom 13. November 2013 (ABl. EKD 2013 S. 420)</p> <p style="text-align: center;"><b>§ 2</b> <b>Partnerschaft im Arbeits- und Dienstrecht</b></p> <p><b>(1)</b> Zur partnerschaftlichen Regelung der <b>Arbeitsbedingungen</b> der privatrechtlich beschäftigten Mitarbeitenden sowie der privatrechtlich beschäftigten Mitarbeitenden in der Ausbildung wird für <b>den Bereich der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig, der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg</b> eine Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission gebildet.</p> <p><b>(2)</b> Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission wirkt <b>darüber hinaus</b> bei der Vorbereitung von Bestimmungen über öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse mit, <b>die von arbeitsrechtlicher Bedeutung</b> sind.</p> <p style="text-align: center;"><b>§ 3</b> <b>Arbeitsrechtsregelungen</b></p> <p>(1) Arbeitsrechtsregelungen sind die Beschlüsse der Arbeits- und</p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>Dienstrechtlichen Kommission in den Fällen der §§ 26 und 27, ferner die Beschlüsse der Schlichtungskommission nach § 29a Absatz 8 Satz 2.</p> <p>(2) Arbeitsrechtsregelungen nach Absatz 1 sind verbindlich und wirken normativ.</p> <p>(3) Es dürfen nur Dienstverträge abgeschlossen werden, die den Arbeitsrechtsregelungen nach Absatz 1 entsprechen.</p>	<p>Dienstrechtlichen Kommission in den Fällen der §§ 14 und 15, ferner die Beschlüsse der Schlichtungskommission nach § 18.</p> <p>(2) <sup>1</sup>Arbeitsrechtsregelungen nach Absatz 1 sind verbindlich und wirken normativ. <sup>2</sup><b>Sie treten mit dem darin bestimmten Datum in Kraft.</b></p> <p>(3) <b>In den Dienstverträgen und in den Ausbildungsverträgen ist die Anwendung der Arbeitsrechtsregelungen nach Absatz 1 in der jeweils gültigen Fassung zu vereinbaren.</b></p>		
<p style="text-align: center;">§ 16</p> <p style="text-align: center;">Zusammensetzung und Bildung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission</p> <p>(1) Mitglieder der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. neun Vertreter der Mitarbeiter,</li> <li>2. neun Vertreter der Dienstherrn und Anstellungsträger.</li> </ol> <p>Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter bestellt, der die für das zu vertretende Mitglied erforderlichen Voraussetzungen erfüllen muss. Er tritt im Fall der Verhinderung des Mitglieds stimmberechtigt ein.</p> <p>(2) Mitglied der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission kann nur</p>	<p style="text-align: center;"><b>Abschnitt 2</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission</b></p> <p style="text-align: center;">§ 4</p> <p style="text-align: center;"><b>Zusammensetzung und Bildung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission</b></p> <p>(1) <sup>1</sup>Mitglieder der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. neun Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der <b>Mitarbeiterschaft</b>,</li> <li>2. neun Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der <del>Dienstherrn</del> und Anstellungsträger.</li> </ol> <p><sup>2</sup>Für jedes Mitglied ist ein <b>Stellvertreter oder eine Stellvertreterin zu bestellen</b>. <sup>3</sup><b>Im Vertretungsfall nimmt das stellvertretende Mitglied alle Rechte und Pflichten des ordentlichen Mitglieds wahr.</b></p> <p>(2) <sup>1</sup>Mitglied der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission kann nur</p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>sein, wer zu kirchlichen Ämtern in einer der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland wählbar ist. Mindestens sechs der Vertreter der Dienstherrn und Anstellungsträger sowie mindestens sechs der Vertreter der Mitarbeiter müssen im Zeitpunkt ihrer Entsendung bei einem Anstellungsträger im Sinne des § 2 Abs. 2 tätig sein. Abweichend von Satz 1 können bis zu drei Vertreter der Mitarbeiter auch Mitglied einer Kirche sein, die in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Niedersachsen mitarbeitet.</p> <p>(3) Zur Wahrnehmung der Aufgaben in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission ist den im kirchlichen Dienst stehenden Mitgliedern der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission und im Vertretungsfall ihren Stellvertretern Dienst- oder Arbeitsbefreiung zu gewähren. Über den Umfang der Freistellung soll der Rat mit den in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vertretenen beruflichen Vereinigungen eine Vereinbarung schließen.</p> <p>(4) Spätestens vier Monate vor Ablauf der Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission gibt der Rat im Kirchlichen Amtsblatt der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers bekannt, dass die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission neu zu bilden ist.</p>	<p>sein, wer zu kirchlichen Ämtern in einer der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland wählbar ist. <sup>2</sup><b>Ausnahme</b>swise darf auch <b>Mitglied der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission sein, wer einer Kirche angehört</b>, die in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Niedersachsen mitarbeitet. <sup>3</sup>Mehr als <b>die Hälfte</b> der Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der <b>Mitarbeiterschaft</b> sowie mehr als <b>die Hälfte</b> der Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der Anstellungsträger müssen im Zeitpunkt ihrer Entsendung bei einem Anstellungsträger im Sinne des <b>Mitarbeitergesetzes</b> tätig sein.</p> <p>(3) <sup>1</sup>Zur Wahrnehmung der Aufgaben in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission ist den im kirchlichen Dienst stehenden Mitgliedern der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission und im Vertretungsfall <b>den stellvertretenden Mitgliedern</b> Dienst- oder Arbeitsbefreiung zu gewähren. <sup>2</sup>Über den Umfang der Freistellung soll der Rat <b>der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen</b> mit den in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vertretenen <b>Mitarbeiterverbänden und Gewerkschaften</b> eine Vereinbarung schließen.</p> <p>(4) Spätestens vier Monate vor Ablauf der Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission gibt der Rat <b>der Konföderation</b> im Kirchlichen Amtsblatt der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers bekannt, dass die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission neu zu bilden ist.</p>		
<p style="text-align: center;">§ 17 Vertreter der Mitarbeiter</p> <p>(1) Die Vertreter der Mitarbeiter werden von den beruflichen Verei-</p>	<p style="text-align: center;">§ 5 <b>Vertreter und Vertreterinnen der Mitarbeiterschaft</b></p> <p>(1) Die Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der <b>Mitarbeiterschaft</b></p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>nigungen der Mitarbeiter entsandt.</p> <p>(2) Berufliche Vereinigung im Sinne der Vorschriften dieses Kirchengesetzes ist der freie, organisierte Zusammenschluss von Mitarbeitern, der auf Dauer angelegt und vom Wechsel seiner Mitglieder unabhängig ist und dessen Zweck insbesondere in der Wahrung und Förderung der beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange seiner Mitglieder besteht. Berufliche Vereinigung ist auch ein Zusammenschluss mehrerer beruflicher Vereinigungen.</p> <p>(3) Die beruflichen Vereinigungen der Mitarbeiter, die innerhalb der Ausschlussfrist von einem Monat nach Bekanntgabe anzeigen, dass sie Vertreter in die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission entsenden wollen, werden nach Ablauf dieser Frist unverzüglich darüber unterrichtet, welche anderen beruflichen Vereinigungen der Mitarbeiter sich an der Bildung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission beteiligen wollen.</p>	<p>werden von <b>Mitarbeiterverbänden und Gewerkschaften</b> entsandt.</p> <p>(2) <sup>1</sup><b>Mitarbeiterverband oder Gewerkschaft</b> im Sinne der Vorschriften dieses Kirchengesetzes ist der freie, organisierte Zusammenschluss von <b>Mitarbeitenden</b>, der auf Dauer angelegt und vom Wechsel seiner Mitglieder unabhängig ist und dessen Zweck insbesondere in der Wahrung und Förderung der beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange seiner Mitglieder besteht. <sup>2</sup><b>Mitarbeiterverband im Sinne des Satzes 1</b> ist auch ein Zusammenschluss mehrerer <b>Mitarbeiterverbände</b>.</p> <p>(3) Die <b>Mitarbeiterverbände und die Gewerkschaften</b>, die innerhalb der Ausschlussfrist von einem Monat nach Bekanntgabe anzeigen, dass sie Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> in die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission entsenden wollen, werden nach Ablauf dieser Frist unverzüglich darüber unterrichtet, welche anderen <b>Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften</b> sich an der Bildung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission beteiligen wollen.</p> <p>(4) <sup>1</sup><b>Die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen prüft und entscheidet, ob Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften, die angezeigt haben, Vertreter und Vertreterinnen in die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission entsenden zu wollen (Absatz 3), die Voraussetzungen des Absatzes 2 erfüllen. <sup>2</sup>Die Konföderation teilt den Mitarbeiterverbänden und Gewerkschaften das Ergebnis ihrer Prüfung unverzüglich mit. <sup>3</sup>Bei Streitigkeiten über die Entscheidung kann der Rechtshof der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen angerufen werden. <sup>4</sup>Eine Klage nach Satz 3 hat keine aufschiebende</b></p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>(4) Die beruflichen Vereinigungen verständigen sich jeweils untereinander über das Zahlenverhältnis der von ihnen zu entsendenden Vertreter der Mitarbeiter. Sie teilen dem Rat spätestens einen Monat vor Ablauf der Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission das Ergebnis ihrer Verständigung mit und benennen die von ihnen zur Entsendung bestimmten Vertreter der Mitarbeiter und deren Stellvertreter für die neue Amtszeit. Dabei soll darauf geachtet werden, dass sich unter den Vertretern der Mitarbeiter Mitglieder aller an der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission beteiligten Kirchen befinden.</p> <p style="text-align: center;"><b>§ 18</b> Verfahren bei Nichteinigung und beim Ausscheiden einer beruflichen Vereinigung</p> <p>(1) Verständigen sich die beruflichen Vereinigungen nicht bis zum Ablauf der Frist nach § 17 Abs. 4 Satz 2 über die Besetzung ihrer Sitze in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission, können sie sich bis zum Ablauf der Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission auf einen Schlichter einigen; dieser hat die Entscheidung über das Zahlenverhältnis (§ 17 Abs. 4 Satz 1) innerhalb eines Monats nach Ablauf der Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission zu treffen.</p> <p>(2) Einigen sich die beruflichen Vereinigungen nicht bis zum Ablauf</p>	<p><b>Wirkung.</b></p> <p>(5) <sup>1</sup>Die <b>Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften</b> verständigen sich jeweils untereinander über das Zahlenverhältnis der von ihnen zu entsendenden Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der <b>Mitarbeiterschaft</b>. <sup>2</sup>Sie teilen dem Rat <b>der Konföderation</b> spätestens einen Monat vor Ablauf der Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission das Ergebnis ihrer Verständigung mit und benennen die von ihnen zur Entsendung bestimmten Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der <b>Mitarbeiterschaft</b> und deren Stellvertreter <b>oder Stellvertreterinnen</b> für die neue Amtszeit. <sup>3</sup>Dabei soll darauf geachtet werden, dass sich unter den <b>Vertreterinnen und</b> Vertretern der <b>Mitarbeiterschaft</b> Mitglieder aller an der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission beteiligten Kirchen befinden.</p> <p style="text-align: center;"><b>§ 6</b> <b>Verfahren bei Nichteinigung und beim Ausscheiden eines Mitarbeiterverbandes oder einer Gewerkschaft</b></p> <p>(1) Verständigen sich die <b>nach § 5 Absatz 4 zugelassenen Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften</b> nicht bis zum Ablauf der Frist nach <b>§ 5 Absatz 5</b> Satz 2 über die Besetzung ihrer Sitze in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission, <del>können sie sich bis zum Ablauf der Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission auf einen Schlichter einigen; dieser hat die Entscheidung über das Zahlenverhältnis (§ 5 Absatz 4 Satz 1) innerhalb eines Monats nach Ablauf der Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission zu treffen.</del></p> <p>(2) <del><sup>1</sup>Einigen sich die Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften nicht</del></p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>der Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission auf einen Schlichter, teilt die Geschäftsstelle der Konföderation dem Direktor der Schiedsstelle dies mit und legt ihm die Anzeige nach § 17 Abs. 3 vor. Der Direktor der Schiedsstelle entscheidet über das Zahlenverhältnis (§ 17 Abs. 4 Satz 1) innerhalb eines Monats nach Zugang der Mitteilung der Geschäftsstelle; er hat den beruflichen Vereinigungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.</p> <p>(3) Scheidet eine berufliche Vereinigung aus, so gibt ihr die Geschäftsstelle der Konföderation Gelegenheit, innerhalb von vier Wochen die Entscheidung rückgängig zu machen. Macht die berufliche Vereinigung ihre Entscheidung nicht rückgängig, verständigen sich die verbleibenden beruflichen Vereinigungen innerhalb von vier Wochen über die Besetzung der freigewordenen Sitze. Verstreicht diese Frist ergebnislos, so stehen die freigewordenen Sitze den verbleibenden Vereinigungen nach dem Verhältnis ihrer Sitze zur Verfügung.</p>	<p><del>bis zum Ablauf der Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission auf einen Schlichter</del>, teilt die Konföderation dem <b>Präsidenten oder der Präsidentin des Kircheng Gerichtshofs der Evangelischen Kirche in Deutschland</b> dies mit und legt ihm <b>oder ihr die Anzeigen der zugelassenen Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften</b> vor. <sup>2</sup>Der <b>Präsident oder die Präsidentin des Kircheng Gerichtshofs</b> entscheidet über das Zahlenverhältnis (<b>§ 5 Absatz 5</b> Satz 1) innerhalb eines Monats nach Zugang der Mitteilung der Konföderation <b>unter Einbeziehung der von den Mitarbeiterverbänden und Gewerkschaften vorzulegenden Listen mit den Mitgliedern, die bei einem Anstellungsträger im Sinne des § 2 Absatz 2 Mitarbeitergesetzes tätig sind</b>; er oder sie hat den <b>Mitarbeiterverbänden und Gewerkschaften zuvor</b> Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. <sup>3</sup><b>Die Entscheidung nach Satz 2 ist abschließend.</b></p> <p>(2) <sup>1</sup><b>Kündigt ein Mitarbeiterverband oder eine Gewerkschaft das Ausscheiden an</b>, gibt die Geschäftsstelle der Konföderation ihm oder ihr Gelegenheit, innerhalb <del>von vier Wochen</del> <b>eines Monats</b> die Entscheidung rückgängig zu machen. <sup>2</sup>Macht <b>der Mitarbeiterverband oder die Gewerkschaft die</b> Entscheidung nicht rückgängig <b>und scheidet aus</b>, verständigen sich die verbleibenden <b>Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften</b> innerhalb <b>eines Monats</b> <del>von vier Wochen</del> über die Besetzung der freigewordenen Sitze. <sup>3</sup>Verstreicht diese Frist ergebnislos, so stehen die freigewordenen Sitze den verbleibenden <b>Mitarbeiterverbänden und Gewerkschaften</b> nach dem Verhältnis ihrer <b>bisherigen</b> Sitze zur Verfügung.</p> <p>(3) <sup>1</sup><b>Der Präsident oder die Präsidentin des Kirchengrichts-</b></p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p style="text-align: center;">§ 19</p> <p style="text-align: center;">Vertreter der Dienstherren und Anstellungsträger</p> <p>Die Vertreter der Dienstherren und Anstellungsträger werden auf Vorschlag der zuständigen obersten Behörden der beteiligten Kirchen vom Rat entsandt. Hierfür schlagen die zuständige oberste Behörde der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers fünf, die der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig und die der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg je zwei Vertreter vor.</p>	<p><b>hofs der Evangelischen Kirche in Deutschland übt die Tätigkeit gemäß Absatz 1 ehrenamtlich aus. <sup>2</sup>Er oder sie erhält Reisekostenvergütung nach den für die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers geltenden Bestimmungen sowie eine Aufwandsentschädigung in Höhe der vom Rat der Konföderation für die Schlichter und Schlichterinnen (§ 16 Absatz 2 Satz 1) festgelegten Aufwandsentschädigung.</b></p> <p style="text-align: center;"><b>§ 7</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Vertreter und Vertreterinnen der Anstellungsträger</b></p> <p><sup>1</sup>Die Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der Dienstherren und Anstellungsträger werden auf Vorschlag der zuständigen obersten Behörden der beteiligten Kirchen vom Rat <b>der Konföderation</b> entsandt. <sup>2</sup>Hierfür schlagen die zuständige oberste Behörde der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers fünf, die der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig und die der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg je zwei Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> vor.</p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p style="text-align: center;"><b>§ 20</b> Amtszeit</p> <p>(1) Die Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission beträgt fünf Jahre und beginnt jeweils am Tag nach dem Ende der vorhergehenden Amtszeit. Die Mitglieder bleiben bis zu Bildung der neuen Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission im Amt, längstens jedoch bis zu <b>zwei Jahren</b> *) nach Ablauf der Amtszeit.</p> <p><i>*) durch gesetzvertretende Verordnungen („anlassbezogen“) von einem auf zwei Jahre verlängert; diese Verlängerung soll mit dem neuen ARRG-Kirche wieder auf ein Jahr zurückgesetzt werden.</i></p> <p>(2) Die entsendenden Stellen können von ihnen entsandte Mitglieder und Stellvertreter jederzeit abberufen. Die Mitglieder und Stellvertreter sind abzurufen, wenn die in § 16 Abs. 2 Satz 1 vorgeschriebene Voraussetzung nicht vorlag oder entfallen ist.</p> <p>(3) Die erneute Entsendung bisheriger Mitglieder und Stellvertreter ist zulässig.</p> <p>(4) Scheidet ein Mitglied oder ein Stellvertreter aus, so wird von der Stelle, die das Mitglied oder den Stellvertreter entsandt hatte, für die restliche Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission ein neues Mitglied oder ein neuer Stellvertreter entsandt. Für ein ausge-</p>		<p style="text-align: center;"><b>§ 8</b> Amtszeit</p> <p>(1) Die Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission beträgt fünf Jahre und beginnt jeweils am Tag nach dem Ende der vorhergehenden Amtszeit. <del>Die Mitglieder bleiben bis zu Bildung der neuen Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission im Amt, längstens jedoch bis zu einem Jahr nach Ablauf der Amtszeit.</del></p> <p><b>(2) <sup>1</sup>Die Mitglieder werden für die Dauer einer Amtszeit, bei einer Nachentsendung für den Rest der laufenden Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission entsandt. <sup>2</sup>Sie bleiben bis zur Bildung der neuen Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission im Amt, längstens jedoch bis zu einem Jahr nach Ablauf der Amtszeit (Absatz 1).</b></p> <p><b>(3) <sup>1</sup>Die entsendenden Stellen können von ihnen entsandte Mitglieder und stellvertretende Mitglieder jederzeit abberufen. <sup>2</sup>Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder sind abzurufen, wenn die in § 4 Absatz 2 vorgeschriebene Voraussetzung eine der in § 4 Absatz 2 genannten Voraussetzungen nicht vorlag oder entfallen ist.</b></p> <p><b>(4) Die erneute Entsendung bisheriger Mitglieder und stellvertretender Mitglieder ist zulässig.</b></p> <p><b>(5) <sup>1</sup>Scheidet ein Mitglied oder ein stellvertretendes Mitglied aus, wird von der Stelle, die das Mitglied oder das stellvertretende Mitglied entsandt hatte, für die restliche Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission ein neues Mitglied oder ein neues</b></p>	

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>schiedenes Mitglied tritt bis zur Neuentsendung eines Mitglieds der Stellvertreter stimmberechtigt ein.</p>	<p><b>stellvertretendes Mitglied</b> entsandt. <sup>2</sup>Für ein ausgeschiedenes Mitglied tritt bis zur Neuentsendung eines Mitglieds <b>das stellvertretende Mitglied</b> stimmberechtigt ein.</p>		
<p>(5) Einem im kirchlichen Dienst stehenden Mitglied darf während der Mitgliedschaft in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission von seinem Anstellungsträger nur wie einem Mitglied der Mitarbeitervertretung gekündigt werden.</p>	<p>(6) Einem im kirchlichen Dienst stehenden Mitglied darf während der Mitgliedschaft in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission von seinem Anstellungsträger nur wie einem Mitglied der Mitarbeitervertretung gekündigt werden.</p>		
<p style="text-align: center;">§ 21 Geschäftsführung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 9 Geschäftsführung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission</b></p>		
<p>(1) Der Vorsitzende des Rates beruft die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission zu ihrer ersten Sitzung ein; ein Vertreter der Geschäftsstelle der Konföderation leitet diese bis zur Wahl des Vorsitzenden.</p>	<p>(1) Der oder die Vorsitzende des Rates <b>der Konföderation</b> beruft die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission zu ihrer ersten Sitzung ein; ein Vertreter <b>oder eine Vertreterin</b> der Geschäftsstelle der Konföderation leitet diese bis zur Wahl <b>der oder</b> des Vorsitzenden.</p>		
<p>(2) Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission wählt je eines ihrer Mitglieder jeweils für die Dauer eines Jahres zum Vorsitzenden und zum stellvertretenden Vorsitzenden. Der Vorsitzende ist im jährlichen Wechsel aus der Gruppe der als Vertreter der Mitarbeiter entsandten Mitglieder einerseits und aus der Gruppe der als Vertreter der Dienstherren und Anstellungsträger entsandten Mitglieder andererseits zu wählen. Der stellvertretende Vorsitzende ist jeweils aus der Gruppe zu wählen, aus der der Vorsitzende nicht zu wählen war.</p>	<p>(2) <sup>1</sup>Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission wählt je eines ihrer Mitglieder jeweils für die Dauer eines Jahres zum <b>oder zur</b> Vorsitzenden und zum <b>oder zur</b> stellvertretenden Vorsitzenden. <sup>2</sup>Der <b>oder die</b> Vorsitzende ist im jährlichen Wechsel aus der Gruppe der als Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der <b>Mitarbeiterschaft</b> entsandten Mitglieder einerseits und aus der Gruppe der als Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der <del>Dienstherren</del> und Anstellungsträger entsandten Mitglieder andererseits zu wählen. <sup>3</sup>Der <b>oder die</b> stellvertretende Vorsitzende ist jeweils aus der Gruppe zu wählen, aus der der <b>oder die</b> Vorsitzende nicht zu wählen war.</p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>(3) Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission wird zu ihren Sitzungen von ihrem Vorsitzenden im Benehmen mit ihrem stellvertretenden Vorsitzenden unter Mitteilung eines Vorschlags für die Tagesordnung nach Bedarf einberufen. Sie muss einberufen werden, wenn es von mindestens fünf Mitgliedern unter Angabe der Beratungsgegenstände beantragt wird. Erforderliche Unterlagen sollen möglichst mit der Einladung versandt werden.</p>			
<p>(4) Jedes Mitglied der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission hat das Recht, Punkte für die Tagesordnung der Sitzungen vorzuschlagen.</p>			
<p>(5) Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission ist beschlussfähig, wenn mindestens sechs Vertreter der Mitarbeiter sowie mindestens sechs Vertreter der Dienstherrn und Anstellungsträger, darunter der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende, anwesend sind. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stimmberechtigten gefasst. Die Vertreter der Mitarbeiter geben ihre Stimmen einheitlich durch einen Sprecher ab. Der Sprecher der Mitarbeiter wird zur Abgabe der Stimmen durch einen Beschluss der Vertreter der Mitarbeiter ermächtigt, der zuvor mit mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Vertreter der Mitarbeiter außerhalb der Sitzung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission gefasst wird.</p>	<p>(3) <sup>1</sup>Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission wird zu ihren Sitzungen von ihrem <b>oder ihrer</b> Vorsitzenden im Benehmen mit ihrem <b>oder ihrer</b> stellvertretenden Vorsitzenden unter Mitteilung eines Vorschlags für die Tagesordnung nach Bedarf einberufen. <sup>2</sup>Sie muss einberufen werden, wenn es von mindestens fünf Mitgliedern unter Angabe der Beratungsgegenstände beantragt wird. <sup>3</sup><b>Die Ladungsfrist beträgt mindestens zwei Wochen. <sup>4</sup>In dringenden Fällen kann die Frist im Einvernehmen zwischen dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden auf eine Woche verkürzt werden.</b> <sup>5</sup>Erforderliche Unterlagen sollen möglichst mit der Einladung versandt werden.</p>	<p>(4) Jedes Mitglied der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission hat das Recht, Punkte für die Tagesordnung der Sitzungen vorzuschlagen.</p>	<p>(5) <sup>1</sup>Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission ist beschlussfähig, wenn mindestens sechs Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der <b>Mitarbeiterschaft</b> sowie mindestens sechs Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der <del>Dienstherrn</del> und Anstellungsträger, darunter der <b>oder die</b> Vorsitzende oder der <b>oder die</b> stellvertretende Vorsitzende, anwesend sind. <sup>2</sup>Beschlüsse werden mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stimmberechtigten gefasst. <sup>3</sup>Die Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der <b>Mitarbeiterschaft</b> geben ihre Stimmen einheitlich durch einen Sprecher <b>oder eine Sprecherin</b> ab. <sup>4</sup>Der Sprecher <b>oder die Sprecherin</b> wird zur Abgabe der Stimmen durch einen Beschluss der Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der <b>Mitarbeiterschaft</b> ermächtigt, der zuvor mit mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der <b>Mitarbeiterschaft</b> außerhalb der Sitzung der Ar-</p>

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>(6) Der Wortlaut der Beschlüsse ist in eine Niederschrift aufzunehmen; sie ist von dem Vorsitzenden und dem Protokollführer zu unterschreiben.</p> <p>(7) Die Sitzungen der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission sind nicht öffentlich. Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission kann zu ihren Sitzungen sachkundige Berater hinzuziehen.</p> <p>(8) Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission kann sich eine Geschäftsordnung geben.</p> <p>(9) Die Mitglieder der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission erhalten Reisekostenvergütung nach den für die Ev.-luth. Landeskirche Hannovers geltenden Bestimmungen.</p> <p>(10) Die Geschäftsstelle der Konföderation führt die Geschäfte der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission. Die Kosten der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission einschließlich der Kosten, die durch Hinzuziehung von Beratern entstehen, trägt die Konföderation.</p> <p style="text-align: center;"><b>§ 22</b> Verfahren</p>	<p>beits- und Dienstrechtlichen Kommission gefasst wird.</p> <p>(6) Der Wortlaut der Beschlüsse ist in eine Niederschrift aufzunehmen; sie ist von dem <b>oder der</b> Vorsitzenden und dem Protokollführer <b>oder der Protokollführerin</b> zu unterschreiben.</p> <p>(7) <sup>1</sup>Die Sitzungen der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission sind nicht öffentlich. <sup>2</sup>Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission kann zu ihren Sitzungen <b>Sachkundige beratend</b> hinzuziehen.</p> <p>(8) Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission kann sich eine Geschäftsordnung geben.</p> <p>(9) Die Mitglieder der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission erhalten Reisekostenvergütung nach den für die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers geltenden Bestimmungen.</p> <p>(10)<sup>1</sup>Die Geschäftsstelle der Konföderation führt die Geschäfte der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission. <sup>2</sup>Die Kosten der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission einschließlich der Kosten, die durch Hinzuziehung von <del>Beratern</del> <b>Sachkundigen gemäß Absatz 7</b> entstehen, trägt die Konföderation.</p> <p style="text-align: center;"><b>§ 10</b> Verfahren</p>		
<p>Anträge müssen innerhalb von sechs Monaten abschließend bearbeitet werden. Abweichungen hiervon beschließt die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission im Einzelfall. Wird über einen Antrag nicht innerhalb von sechs Monaten entschieden und hat die Arbeits- und</p>	<p><b>(1)</b> <sup>1</sup>Anträge müssen innerhalb von sechs Monaten abschließend bearbeitet werden. <sup>2</sup>Abweichungen hiervon beschließt die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission im Einzelfall. <sup>3</sup>Wird über einen Antrag nicht innerhalb von sechs Monaten entschieden und hat die Arbeits-</p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>Dienstrechtliche Kommission nicht die Weiterbehandlung beschlossen, so kann jeder Vertreter der Dienstherrn und Anstellungsträger sowie der Sprecher der Mitarbeiter (§ 21 Abs. 5 Satz 4) das Scheitern der Verhandlungen erklären und die Schlichtung einleiten (§ 29).</p>	<p>und Dienstrechtliche Kommission nicht die Weiterbehandlung beschlossen, <b>können mindestens sechs Vertreter und Vertreterinnen</b> der <del>Dienstherrn</del> und Anstellungsträger <b>gemeinsam</b> sowie der Sprecher <b>oder die Sprecherin</b> der <b>Mitarbeiterschaft</b> (§ 9 Absatz 5) das Scheitern der Verhandlungen erklären und die Schlichtung einleiten (Abschnitt 4).</p>		
	<p><b>(2) <sup>1</sup>Ist die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission trotz zweimaliger ordnungsgemäßer Ladung nicht beschlussfähig, kann sie mit Zustimmung mindestens der Hälfte ihrer Mitglieder die Angelegenheit der Schlichtungskommission zur Entscheidung vorlegen (Abschnitt 4).</b></p>		
<p>2. Aufgaben der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission</p>	<p style="text-align: center;"><b>Abschnitt 3</b> <b>Aufgaben der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission</b></p>		
<p style="text-align: center;">§ 23 Mitwirkung bei der Vorbereitung von öffentlich-rechtlichen Regelungen</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 11</b> <b>Mitwirkung bei der Vorbereitung von öffentlich-rechtlichen Regelungen</b></p>		
<p>(1) Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission wirkt bei der Vorbereitung von Regelungen der Konföderation und der beteiligten Kirchen mit, die die kirchengesetzlich geregelten öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse betreffen.</p>	<p>(1) Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission wirkt bei der Vorbereitung von Regelungen <b>der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig, der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg</b> mit, die die kirchengesetzlich geregelten öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse betreffen <b>und von arbeitsrechtlicher Bedeutung sind.</b></p>		
<p>(2) Hält der Rat oder die zuständige oberste Behörde einer der betei-</p>	<p>(2) <sup>1</sup>Hält die zuständige oberste Behörde einer der beteiligten Kirchen</p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>lichten Kirchen eine Regelung nach Absatz 1 für erforderlich, so wird dies der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission mitgeteilt und die beabsichtigte Regelung erörtert. Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission kann ihrerseits Regelungen anregen; Satz 1 gilt entsprechend. Der Rat oder die zuständige oberste Behörde kann Mitglieder der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission, die ihr als Vertreter der Dienstherrn und Anstellungsträger angehören, mit der Wahrnehmung der Erörterung beauftragen.</p> <p>(3) Der Rat oder die zuständige oberste Behörde unterrichtet die Synode der Konföderation oder das nach näherer Bestimmung der beteiligten Kirchen zuständige Rechtsetzungsorgan über das Ergebnis der Erörterung nach Absatz 2, soweit das Organ über das Regelungsvorhaben zu entscheiden hat. Eine Stellungnahme der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission ist mitzuteilen.</p> <p>(4) Bei Regelungen, die die Rechtsstellung der Pfarrerschaft betreffen, ist auch die Stellungnahme der Gesamtpfarrvertretung oder der Pfarrerververtretung der jeweils beteiligten Kirche mitzuteilen.</p> <p>(5) Grundsatzfragen des kirchlichen Dienstrechts sind zu erörtern, wenn dies als notwendig angesehen wird; Absatz 2 gilt entsprechend.</p>	<p>eine Regelung nach Absatz 1 für erforderlich, wird dies der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission mitgeteilt und die beabsichtigte Regelung erörtert. <sup>2</sup>Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission kann ihrerseits Regelungen anregen; Satz 1 gilt entsprechend. <sup>3</sup>Die zuständige oberste Behörde kann Mitglieder der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission, die ihr als Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der <del>Dienstherrn und</del> Anstellungsträger angehören, mit der Wahrnehmung der Erörterung beauftragen.</p> <p>(3) <sup>1</sup>Die zuständige oberste Behörde unterrichtet das nach näherer Bestimmung der <b>jeweiligen</b> Kirche zuständige Rechtsetzungsorgan über das Ergebnis der Erörterung nach Absatz 2, soweit das Organ über das Regelungsvorhaben zu entscheiden hat. <sup>2</sup>Eine Stellungnahme der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission ist mitzuteilen.</p> <p>(4) Bei Regelungen, die die Rechtsstellung der Pfarrerschaft betreffen, ist auch die Stellungnahme der <del>Gesamtpfarrvertretung oder der Pfarrerververtretungen</del> <b>en</b> der jeweils beteiligten Kirchen mitzuteilen.</p> <p>(5) Grundsatzfragen des kirchlichen Dienstrechts sind zu erörtern, wenn dies als notwendig angesehen wird; Absatz 2 gilt entsprechend.</p>		
<p style="text-align: center;">§ 24</p> <p style="text-align: center;">Mitwirkung bei der Vorbereitung sonstiger Regelungen</p> <p>Die Vorschriften des § 23 sind auf andere Regelungen, die die Dienstverhältnisse von privatrechtlich Beschäftigten betreffen und nicht Gegenstand der Dienstvertragsordnung sind, entsprechend anzuwenden.</p>		<p style="text-align: center;"><b>§ 12</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Mitwirkung bei der Vorbereitung sonstiger Regelungen</b></p> <p>Die Vorschriften des § 11 sind auf andere Regelungen, die die <b>Arbeits</b>verhältnisse von privatrechtlich Beschäftigten betreffen und nicht Gegenstand der Dienstvertragsordnung <b>oder einer anderen Arbeits-</b></p>	

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p style="text-align: center;">§ 25</p> <p style="text-align: center;">Ausschuss der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission</p> <p>(1) Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission kann durch einstimmig gefassten Beschluss einen Ausschuss einsetzen, der anstelle der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission abschließend die Aufgaben gemäß §§ 23 und 24 wahrnimmt. Dem Ausschuss gehört jeweils die gleiche Anzahl von Vertretern der Dienstherrn und Anstellungsträger sowie von Vertretern der beruflichen Vereinigungen der Mitarbeiter an, höchstens jedoch acht Mitglieder. Diese müssen zugleich Mitglieder der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission sein.</p> <p>(2) Die Amtszeit des Ausschusses endet mit der Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission; diese kann den Ausschuss durch Beschluss auch vor dem Ende der Amtszeit auflösen.</p> <p>(3) Für den Ausschuss der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission gelten im Übrigen die Vorschriften über die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission entsprechend.</p>	<b>rechtsregelung</b> sind, entsprechend anzuwenden.		
<p style="text-align: center;">§ 26</p> <p style="text-align: center;">Zustandekommen der Dienstvertragsordnung</p> <p>(1) Die Dienstvertragsordnung enthält die erforderlichen allgemeinen Bestimmungen über den Abschluss von Dienstverträgen zwischen den Anstellungsträgern und ihren nicht in einem öffentlich-rechtlichen</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 13</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Ausschuss der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission</b></p> <p>(1) <sup>1</sup>Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission kann durch einstimmig gefassten Beschluss einen Ausschuss einsetzen, der anstelle der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission abschließend die Aufgaben gemäß §§ 11 und 12 wahrnimmt. <sup>2</sup>Dem Ausschuss gehört jeweils die gleiche Anzahl von <b>Vertreterinnen und</b> Vertretern der beruflichen Vereinigungen <b>Mitarbeiterschaft</b> sowie von <b>Vertreterinnen und</b> Vertretern der <del>Dienstherrn und</del> Anstellungsträger an, höchstens jedoch acht Mitglieder. <sup>3</sup>Diese müssen zugleich Mitglieder der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission sein.</p> <p>(2) Die Amtszeit des Ausschusses endet mit der Amtszeit der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission; diese kann den Ausschuss durch Beschluss auch vor dem Ende der Amtszeit auflösen.</p> <p>(3) Für den Ausschuss der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission gelten im Übrigen die Vorschriften über die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission entsprechend.</p> <p style="text-align: center;"><b>§ 14</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Zustandekommen der Dienstvertragsordnung und weiterer Arbeitsrechtsregelungen</b></p> <p>(1) Die Dienstvertragsordnung <b>und die weiteren Arbeitsrechtsregelungen</b> enthalten die erforderlichen allgemeinen Bestimmungen über den Abschluss von Dienstverträgen zwischen den Anstellungsträ-</p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>Dienstverhältnis beschäftigten Mitarbeitern.</p> <p>(2) Die Dienstvertragsordnung wird unbeschadet der Vorschriften des § 29 von der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission beschlossen und geändert.</p> <p>(3) Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission wird auf Grund von Vorlagen einer der in ihr vertretenen beruflichen Vereinigungen der Mitarbeiter, des Rates, der zuständigen obersten Behörde einer der beteiligten Kirchen oder auf Grund eigenen Beschlusses tätig.</p> <p>(4) Ein Beschluss über die Dienstvertragsordnung, über ihre Änderung und über das Unterlassen einer Änderung wird den in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vertretenen beruflichen Vereinigungen der Mitarbeiter, dem Rat und den zuständigen obersten Behörden der beteiligten Kirchen zugeleitet. Erhebt keine dieser Stellen innerhalb eines Monats bei der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission Einwendungen gegen den Beschluss, so veranlasst die Geschäftsstelle der Konföderation die Bekanntmachung in den amtlichen Verkündungsblättern der beteiligten Kirchen.</p> <p>(5) Werden innerhalb der Frist nach Absatz 4 Satz 2 Einwendungen erhoben, so verhandelt und beschließt die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission spätestens nach drei Monaten erneut und teilt diesen Beschluss den in Absatz 4 Satz 1 genannten Stellen mit. Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend. Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission</p>	<p>gern und ihren nicht in einem öffentlich-rechtlichen <b>privatrechtlichen</b> Dienstverhältnis beschäftigten <b>Mitarbeiterinnen und</b> Mitarbeitern.</p> <p>(2) Die Dienstvertragsordnung <b>und die weiteren Arbeitsrechtsregelungen</b> werden unbeschadet der Vorschriften des <b>Abschnitts 4</b> von der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission beschlossen und geändert.</p> <p>(3) Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission wird <b>aufgrund</b> von Vorlagen einer der in ihr vertretenen <b>Mitarbeiterverbände und Gewerkschaften</b>, der zuständigen obersten Behörde einer der beteiligten Kirchen oder <b>aufgrund</b> eigenen Beschlusses tätig.</p> <p>(4) <sup>1</sup>Ein Beschluss über die Dienstvertragsordnung <b>oder eine andere Arbeitsrechtsregelung</b>, über <b>die</b> Änderung oder <b>darüber das Unterlassen einer Änderung , ihre Änderung zu unterlassen</b>, wird den in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vertretenen <b>Mitarbeiterverbänden und Gewerkschaften</b> und den zuständigen obersten Behörden der beteiligten Kirchen zugeleitet. <sup>2</sup>Erhebt keine dieser Stellen innerhalb eines Monats bei der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission Einwendungen gegen den Beschluss, so veranlasst die Geschäftsstelle der Konföderation die Bekanntmachung in den amtlichen Verkündungsblättern der beteiligten Kirchen.</p> <p>(5) <sup>1</sup>Werden innerhalb der Frist nach Absatz 4 Satz 2 Einwendungen erhoben, so verhandelt und beschließt die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission spätestens nach drei Monaten erneut und teilt diesen Beschluss den in Absatz 4 Satz 1 genannten Stellen mit. <sup>2</sup>Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend. <sup>3</sup>Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommissi-</p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>kann die Dreimonatsfrist nach Satz 1 durch Beschluss verlängern.</p> <p>(6) Werden auch gegen den nach Absatz 5 gefassten Beschluss fristgemäß Einwendungen von einer der in Absatz 4 Satz 1 genannten Stellen erhoben, so wird unverzüglich das Schlichtungsverfahren nach den Vorschriften des § 29 eingeleitet.</p> <p style="text-align: center;"><b>§ 27</b> Anwendung vom im Land Niedersachsen geltenden Bestimmungen</p> <p>(1) Sofern in der Dienstvertragsordnung festgelegt ist, dass für den öffentlichen Dienst im Land Niedersachsen geltende Bestimmungen in ihrer jeweiligen Fassung entsprechend anzuwenden sind, werden Änderungen solcher im Land Niedersachsen geltender Bestimmungen für die Konföderation und für die beteiligten Kirchen nur wirksam, wenn die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission dies auf Antrag einer berechtigten Stelle (§ 26 Absatz 3) beschließt.</p> <p>(2) Wird ein Antrag nach Absatz 1 gestellt, gelten für das weitere Verfahren die Vorschriften über die Änderung der Dienstvertragsordnung entsprechend.</p>			<p>on kann die Dreimonatsfrist nach Satz 1 durch Beschluss verlängern.</p> <p>(6) Werden auch gegen den nach Absatz 5 gefassten Beschluss fristgemäß Einwendungen von einer der in Absatz 4 Satz 1 genannten Stellen erhoben, wird unverzüglich das Schlichtungsverfahren nach den Vorschriften des Abschnitts 4 eingeleitet.</p> <p style="text-align: center;"><b>§ 15</b> <b>Anwendung von im Land Niedersachsen geltenden Bestimmungen</b></p> <p>(1) Sofern in der Dienstvertragsordnung festgelegt ist, dass für den öffentlichen Dienst im Land Niedersachsen geltende Bestimmungen in ihrer jeweiligen Fassung entsprechend anzuwenden sind, werden Änderungen solcher im Land Niedersachsen geltender Bestimmungen für die beteiligten Kirchen nur wirksam, wenn die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission dies auf Antrag einer berechtigten Stelle (§ 14 Absatz 3) beschließt.</p> <p>(2) Wird ein Antrag nach Absatz 1 gestellt, gelten für das weitere Verfahren die Vorschriften über die Änderung der Dienstvertragsordnung entsprechend.</p>

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>3. Schlichtung</p> <p style="text-align: center;">§ 28 Benennung und rechtliche Stellung der Mitglieder der Schlichtungskommission</p> <p>(1) Die Vertreter der Dienstherren und Anstellungsträger sowie die Vertreter der beruflichen Vereinigungen der Mitarbeiter in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission benennen innerhalb eines Monats nach Einleitung der Schlichtung für das jeweilige Verfahren je einen Schlichter sowie je vier Beisitzer als Mitglieder für die Schlichtungskommission. Über die Benennung der Beisitzer verständigen sich die Dienstherren und Anstellungsträger einerseits sowie die beruflichen Vereinigungen andererseits untereinander.</p> <p>(2) In gleicher Weise werden für die Schlichter und die Beisitzer Stellvertreter benannt, die ebenfalls die Voraussetzungen des Absatzes 3 erfüllen müssen.</p>	<p style="text-align: center;"><b>Abschnitt 4</b> <b>Verbindliche Konfliktlösung durch Schlichtung</b></p> <p style="text-align: center;"><b>§ 16</b> <b>Schlichtungskommission, Zusammensetzung und rechtliche Stellung der Mitglieder</b></p> <p>(1) <b>In den Fällen des § 10 Absatz 1 Satz 3, des § 10 Absatz 2 und des § 14 Absatz 6 ist eine Schlichtungskommission zu bilden.</b></p> <p>(2) <sup>1</sup>Die Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der <del>beruflichen Vereinigungen der Mitarbeiter</del> <b>Mitarbeiterschaft</b> sowie die Vertreter <b>und Vertreterinnen</b> der Dienstherren und Anstellungsträger in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission benennen innerhalb eines Monats nach Einleitung der Schlichtung für das jeweilige Verfahren je einen Schlichter <b>oder eine Schlichterin</b> sowie je vier Beisitzer <b>und Beisitzerinnen (beisitzende Mitglieder)</b> als Mitglieder für die Schlichtungskommission. <sup>2</sup>Über die Benennung <b>der beisitzenden Mitglieder</b> verständigen sich die <b>Vertreter und Vertreterinnen der</b> <del>beruflichen Vereinigungen</del> <b>Mitarbeiterschaft</b> einerseits sowie die <b>Vertreter und Vertreterinnen</b> der Dienstherren und Anstellungsträger andererseits untereinander.</p> <p>(3) In gleicher Weise <b>wird</b> für die Schlichter <b>und Schlichterinnen</b> und die Beisitzer <b>beisitzenden Mitglieder jeweils ein</b> Stellvertreter <b>oder eine Stellvertreterin</b> benannt, <b>der oder</b> die ebenfalls die Voraussetzungen des <b>Absatzes 4</b> erfüllen <del>müssen</del> <b>muss</b>.</p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>(3) Die Schlichter und die Beisitzer müssen zu kirchlichen Ämtern in einer der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland wählbar sein. Die Mitglieder und ihre Stellvertreter können nur benannt werden, wenn sie nicht einem Rechtsprechungs- oder Schiedsorgan der Konföderation oder einer der beteiligten Kirchen angehören. Der Schlichter und sein Stellvertreter dürfen nicht Mitglied oder Stellvertreter in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission sein.</p>	<p><b>(4)</b> <sup>1</sup><b>Die Mitglieder der Schlichtungskommission sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.</b> <sup>2</sup>Sie müssen zu kirchlichen Ämtern in einer der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland wählbar sein. <sup>3</sup><b>Ausnahme darf auch Mitglied der Schlichtungskommission sein, wer einer Kirche angehört, die in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Niedersachsen mitarbeitet.</b> <sup>4</sup>Die Mitglieder der Schlichtungskommission dürfen nicht einem Rechtsprechungs- oder Schiedsorgan der Konföderation oder einer der beteiligten Kirchen angehören oder <b>Mitglied oder stellvertretendes Mitglied in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission sein.</b></p> <p><b>(5)</b> <sup>1</sup><b>Die Schlichter und Schlichterrinnen sowie deren Stellvertretung sollen die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz besitzen.</b> <sup>2</sup><b>Sie dürfen nicht im Dienst einer der beteiligten Kirchen oder der Diakonie dieser Kirchen stehen.</b></p>		
<p>(4) Werden Mitglieder der Schlichtungskommission oder Stellvertreter nicht innerhalb der Frist nach Absatz 1 benannt, so beruft der Direktor der Schiedsstelle die fehlenden Mitglieder oder Stellvertreter.</p>	<p><b>(6)</b> Werden Mitglieder der Schlichtungskommission oder Stellvertreter nicht innerhalb der Frist nach Absatz <b>2 Satz 1</b> benannt, beruft der <b>Präsident oder die Präsidentin des Kircheng Gerichtshofs der Evangelischen Kirche in Deutschland</b> die fehlenden Mitglieder oder Stellvertretungen</p>		
<p>(5) Ein Mitglied der Schlichtungskommission oder ein Stellvertreter scheidet aus seinem Amt aus, wenn die Voraussetzung nach Absatz 3 wegfällt. Scheidet ein Mitglied oder ein Stellvertreter aus, so ist entsprechend Satz 1 ein Nachfolger zu berufen.</p>	<p><b>(7)</b> Ein Mitglied der Schlichtungskommission oder eine Stellvertretung scheidet aus dem Amt aus, wenn die <b>eine der Voraussetzungen nach Absatz 4</b> wegfällt. Scheidet ein Mitglied oder eine Stellvertretung aus, so ist ein Nachfolger zu <del>berufen</del> <b>benennen.</b> <sup>3</sup><b>Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.</b></p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>(6) Die Mitglieder der Schlichtungskommission üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Sie erhalten Reisekostenersatz nach den für die Ev.-luth. Landeskirche Hannovers geltenden Bestimmungen. Sie erhalten eine Aufwandsentschädigung, die der Rat allgemein regelt.</p>	<p><b>(8)</b> <sup>1</sup>Die Mitglieder der Schlichtungskommission üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. <sup>2</sup>Sie erhalten Reisekostenvergütung nach den für die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers geltenden Bestimmungen sowie eine Aufwandsentschädigung, die der Rat <b>der Konföderation</b> allgemein regelt.</p>		
<p>(7) Die Kosten der Schlichtung trägt die Konföderation.</p>	<p><b>(9)</b> Die Kosten der Schlichtung trägt die Konföderation.</p>		
<p>§ 29 Vermittlungsverfahren</p>	<p><b>§ 17</b> <b>Vermittlungsverfahren</b></p>		
<p>(1) Im Fall des § 22 wird der Antrag, im Fall des § 26 Abs. 6 werden der Beschluss und die Einwendungen zunächst den Schlichtern zur Durchführung einer Vermittlung vorgelegt.</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Im Fall des <b>§ 10 Absatz 1</b> wird der Antrag, <b>im Fall des § 10 Absatz 2 wird die Angelegenheit und</b> im Fall des <b>§ 14 Absatz 6</b> werden der Beschluss und die Einwendungen zunächst den <b>Schlichterinnen und</b> Schlichtern zur Durchführung einer Vermittlung vorgelegt.</p>		
<p>(2) Die Schlichter erarbeiten einen Vermittlungsvorschlag in nicht-öffentlicher Sitzung; dabei sind sie nicht an die Anträge gebunden, die in der streitigen Sache in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission gestellt wurden. Sie sollen zuvor den zu Einwendungen berechtigten Stellen (§ 26 Abs. 4) sowie den Mitgliedern der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission Gelegenheit zur Stellungnahme geben.</p>	<p>(2) <sup>1</sup>Die Schlichter <b>und Schlichterinnen</b> erarbeiten einen Vermittlungsvorschlag in nichtöffentlicher Sitzung; dabei sind sie nicht an die Anträge gebunden, die in der streitigen Sache in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission gestellt wurden. <sup>2</sup>Sie sollen zuvor den zu Einwendungen berechtigten Stellen (<b>§ 14 Absatz 4</b>) sowie den Mitgliedern der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission Gelegenheit zur Stellungnahme geben.</p>		
<p>(3) Die Schlichter teilen der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission binnen eines Monats nach Einleitung des Vermittlungsverfahrens das Ergebnis der Vermittlung nach Absatz 2 mit. Konnten sich die Schlichter nicht auf einen Vermittlungsvorschlag einigen, teilen sie dies unter Beifügung ihrer Voten mit.</p>	<p>(3) <sup>1</sup>Die Schlichter und <b>Schlichterinnen</b> <del>teilen</del> <b>sollen</b> der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission binnen eines Monats nach Einleitung des Vermittlungsverfahrens das Ergebnis der Vermittlung nach Absatz 2 <b>mitteilen</b>. <sup>2</sup>Konnten sich die Schlichter <b>und Schlichterinnen</b> nicht auf einen Vermittlungsvorschlag einigen, teilen sie dies un-</p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>(4) Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission verhandelt und beschließt unverzüglich über das Vermittlungsergebnis. Bei ihrer Entscheidung ist sie jedoch nicht an den Vermittlungsvorschlag oder die Voten gebunden.</p> <p>(5) Die Geschäftsstelle der Konföderation teilt den Beschluss nach Absatz 4 den zu Einwendungen berechtigten Stellen (§ 26 Abs. 4) mit. Erhebt keine dieser Stellen binnen eines Monats nach Mitteilung Einwendungen, so ist der Beschluss verbindlich und das Verfahren beendet. Die Geschäftsstelle der Konföderation veranlasst die Bekanntmachung der Regelung, die sich aus dem Beschluss der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission ergibt, in den amtlichen Verkündungsblättern der Kirchen.</p> <p>(6) Werden Einwendungen erhoben, so wird das Verfahren nach § 29a fortgesetzt.</p>	<p>ter Beifügung ihrer Voten mit.</p> <p>(4) <sup>1</sup>Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission verhandelt und beschließt unverzüglich über das Vermittlungsergebnis. <sup>2</sup>Bei ihrer Entscheidung ist sie jedoch nicht an den Vermittlungsvorschlag oder die Voten gebunden.</p> <p>(5) <sup>1</sup>Die Geschäftsstelle der Konföderation teilt den Beschluss nach Absatz 4 den zu Einwendungen berechtigten Stellen (<b>§ 14 Absatz 4</b>) mit. <sup>2</sup>Erhebt keine dieser Stellen binnen eines Monats nach Mitteilung Einwendungen, ist der Beschluss verbindlich und das Verfahren beendet. <sup>3</sup>Die Geschäftsstelle der Konföderation veranlasst die Bekanntmachung der Regelung, die sich aus dem Beschluss der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission ergibt, in den amtlichen Verkündungsblättern der Kirchen.</p> <p>(6) Werden Einwendungen erhoben, so wird das Verfahren nach § 18 fortgesetzt.</p>		
<p style="text-align: center;"><b>§ 29a</b> Schlichtungsverfahren</p> <p>(1) Die Schlichtungskommission tritt im Fall des § 29 Abs. 6 unverzüglich zusammen.</p> <p>(2) Der Schlichtungskommission gehören die beiden Schlichter und</p>		<p style="text-align: center;"><b>§ 18</b> <b>Verfahren vor der Schlichtungskommission</b></p> <p>(1) <sup>1</sup>Die Schlichtungskommission tritt im Fall des <b>§ 17 Absatz 6</b> unverzüglich zusammen. <sup>2</sup><b>Sie wird zu ihrer Sitzung von der Geschäftsstelle im Benehmen mit den beiden Schlichtern und Schlichterinnen mit einer Frist von mindestens zwei Wochen eingeladen.</b> <sup>3</sup><b>Erforderliche Unterlagen sollen möglichst mit der Einladung versandt werden.</b></p> <p>(2) <sup>1</sup>Der Schlichtungskommission gehören die beiden Schlichter <b>und</b></p>	

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>die acht Beisitzer an (§ 28 Abs. 1). Zu Beginn der ersten Sitzung wird durch Los bestimmt, welcher der beiden Schlichter stimmberechtigt ist und welcher beratend teilnimmt. Bis zur Bestimmung des stimmberechtigten Schlichters leitet ein Vertreter der Geschäftsstelle der Konföderation die Sitzung.</p>	<p><b>Schlichterinnen sowie die acht Beisitzer und Beisitzerinnen an (§ 16 Absatz 2).</b> <sup>2</sup>Zu Beginn der ersten Sitzung wird durch Los bestimmt, welcher <del>der beiden</del> Schlichter <b>oder welche Schlichterin</b> stimmberechtigt ist <del>und welcher beratend teilnimmt.</del> <sup>3</sup><b>Der nicht stimmberechtigte Schlichter oder die nicht stimmberechtigte Schlichterin nimmt beratend teil.</b> <sup>4</sup>Bis zur Bestimmung <b>der stimmberechtigten Schlichterin oder</b> des stimmberechtigten Schlichters leitet ein Vertreter <b>oder eine Vertreterin</b> der Geschäftsstelle der Konföderation die Sitzung. <sup>4</sup><b>Der stimmberechtigte Schlichter oder die stimmberechtigte Schlichterin ist Vorsitzender oder Vorsitzende der Schlichtungskommission.</b></p>		
<p>(3) Die Schlichtungskommission ist beschlussfähig, wenn mindestens sieben Beisitzer und die Schlichter anwesend sind. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der stimmberechtigten Mitglieder der Schlichtungskommission gefasst; Stimmenthaltung ist unzulässig. In den Beschlüssen ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Regelungen zu bestimmen.</p>	<p>(3) <sup>1</sup><b>Die Schlichtungskommission ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder, darunter der oder die Vorsitzende oder dessen oder deren Stellvertretung, anwesend ist.</b> <sup>2</sup><b>Die Schlichtungskommission beschließt mit der Mehrheit ihrer stimmberechtigten Mitglieder.</b></p>		
<p>(4) Die Schlichtungskommission gibt den zu Einwendungen berechtigten Stellen (§ 26 Abs. 4) und den Mitgliedern der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission Gelegenheit zur Stellungnahme, erörtert auf deren Wunsch die Einwendungen mit ihnen und berät und entscheidet in nichtöffentlicher Sitzung. Die Schlichtungskommission ist nur be-</p>	<p>(4) <sup>1</sup><b>In den Fällen des § 10 Absatz 2 soll die Schlichtungskommission in voller Besetzung entscheiden.</b> <sup>2</sup><b>Ist die Schlichtungskommission trotz ordnungsgemäßer Ladung nicht vollständig besetzt, gilt Absatz 3.</b></p>		
<p>(4) Die Schlichtungskommission gibt den zu Einwendungen berechtigten Stellen (§ 26 Abs. 4) und den Mitgliedern der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission Gelegenheit zur Stellungnahme, erörtert auf deren Wunsch die Einwendungen mit ihnen und berät und entscheidet in nichtöffentlicher Sitzung. Die Schlichtungskommission ist nur be-</p>	<p>(5) <sup>1</sup>Die Schlichtungskommission gibt den zu Einwendungen berechtigten Stellen (§ 14 Absatz 4) und den Mitgliedern der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission Gelegenheit zur Stellungnahme, erörtert auf deren Wunsch die Einwendungen mit ihnen und berät und entscheidet in nichtöffentlicher Sitzung. <sup>2</sup>Die Schlichtungskommission ist</p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
<p>fugt, im Rahmen der zuletzt in Bezug auf den Verhandlungsgegenstand in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission gestellten Anträge zu entscheiden.</p> <p>(5) Die Schlichtungskommission soll ihre Entscheidung innerhalb von zwei Monaten treffen.</p> <p>(6) Der Wortlaut der Beschlüsse der Schlichtungskommission ist in eine Niederschrift aufzunehmen, die von den Schlichtern zu unterschreiben ist. Die Niederschrift sowie eine Mitteilung über das Abstimmungsverhältnis ist der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission zuzuleiten.</p> <p>(7) Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission hat innerhalb eines Monats nach Zugang der Niederschrift und der Mitteilung über das Abstimmungsverhältnis die Verhandlung über die Entscheidung der Schlichtungskommission aufzunehmen.</p> <p>(8) Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission kann den Beschluss der Schlichtungskommission binnen drei Monaten übernehmen, ändern oder ablehnen. Kommt es innerhalb dieser Frist nicht zu einer Beschlussfassung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission, so wird der Beschluss der Schlichtungskommission verbindlich, wenn er mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der gesetzlichen Zahl der stimmberechtigten Mitglieder der Schlichtungskommission getroffen</p>	<p>nur befugt, im Rahmen der zuletzt in Bezug auf den Verhandlungsgegenstand in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission gestellten Anträge zu entscheiden.</p> <p><b>(6)</b> Die Schlichtungskommission soll ihre Entscheidung innerhalb von zwei Monaten treffen.</p> <p><b>(7) <sup>1</sup>Die abschließenden Entscheidungen im Schlichtungsverfahren sind verbindlich. <sup>2</sup>Sie haben die Wirkung von Entscheidungen der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission.</b></p>		

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>			
<p>worden ist. Ist dies nicht der Fall, gilt der ursprünglich gestellte Antrag als abgelehnt; damit ist das Schlichtungsverfahren beendet.</p> <p>(9) Die Geschäftsstelle der Konföderation veranlasst die Bekanntmachung der Regelung, die sich aus dem Schlichtungsverfahren ergibt, in den amtlichen Verkündungsblättern der Kirchen.</p> <p style="text-align: center;"><b>§ 31</b> Zuständigkeiten in den beteiligten Kirchen</p> <p>Zuständige oberste Behörden im Sinne dieses Kirchengesetzes sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers das Landeskirchenamt,</li> <li>2. in der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig das Landeskirchenamt,</li> <li>3. in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg der Oberkirchenrat.</li> </ol>	<p>(8) Die Geschäftsstelle der Konföderation veranlasst die Bekanntmachung der Regelung, die sich aus dem Schlichtungsverfahren ergibt, in den amtlichen Verkündungsblättern der Kirchen.</p> <p style="text-align: center;"><b>Abschnitt 5</b> <b>Übergangs- und Schlussvorschriften</b></p> <p style="text-align: center;"><b>§ 19</b> <b>Zuständigkeit</b></p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 33%; padding: 5px;">Zuständige oberste Behörde ist das Landeskirchenamt.</td> <td style="width: 33%; padding: 5px;">Zuständige oberste Behörde ist das Landeskirchenamt.</td> <td style="width: 33%; padding: 5px;">Zuständige oberste Behörde ist der Oberkirchenrat.</td> </tr> </table> <p style="text-align: center;"><b>§ 20</b> <b>Erstmalige Bildung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission</b></p> <p>(1) <sup>1</sup>Die Amtszeit der am 31. Dezember 2017 bestehenden Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission wird verlängert; sie endet mit Ablauf des 31. Mai <b>2022</b>. <sup>2</sup>Damit ist Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission nach den Regelungen dieses Kirchengesetzes erstmals zum 1. Juni 2022 zu bilden.</p>			Zuständige oberste Behörde ist das Landeskirchenamt.	Zuständige oberste Behörde ist das Landeskirchenamt.	Zuständige oberste Behörde ist der Oberkirchenrat.
Zuständige oberste Behörde ist das Landeskirchenamt.	Zuständige oberste Behörde ist das Landeskirchenamt.	Zuständige oberste Behörde ist der Oberkirchenrat.				

Mitarbeitergesetz der Konföderation (MG)	<i>(Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)</i>	<i>(Ev.-luth. Landeskirche Hannovers)</i>	<i>(Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)</i>
	<p data-bbox="1167 341 2121 596">(2) <sup>1</sup>Sofern am Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes keine Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission besteht, finden abweichend von Absatz 1 die Regelungen dieses Kirchengesetzes über die Bildung und die Zusammensetzung der Arbeit- und Dienstrechtlichen Kommission mit dem Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes Anwendung. <sup>2</sup>Die Amtszeit der nach Satz 1 gebildeten Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission endet mit Ablauf des 31. Mai <b>2023</b>.</p> <p data-bbox="1391 628 1897 695" style="text-align: center;"><b>§ 21</b> <b>Anhängige Schlichtungsverfahren</b></p> <p data-bbox="1167 724 2121 868">Auf Schlichtungsverfahren, die am 31. Dezember 2017 anhängig sind, finden weiterhin die Regelungen der Abschnitts IV Unterabschnitt 3 des Mitarbeitergesetzes der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen in der am 31. Dezember 2017 geltenden Fassung Anwendung.</p> <p data-bbox="1543 932 1744 1011" style="text-align: center;"><b><u>Artikel 4</u></b> <b>Inkrafttreten</b></p> <p data-bbox="1167 1059 1910 1091">Dieses Kirchengesetz tritt am <b>1. Januar 2018</b> in Kraft.</p>		